

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2,00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Zeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 30 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 148.

Sonnabend, den 27. Juni 1908.

15. Jahrg.

Hierzu 2 Beilagen u. „Die Neue Welt.“

Politische Rundschau.

Deutschland.

Naumann über die Flensburger Freisinnsschwärze.

Der ehemals nationalsozialistische Blockbruder Naumann ist mit dem Verhalten des Flensburger Freisinns nicht einverstanden; er schreibt darüber in der „Hilfe“: „Man kann einer so merkwürdigen Auffassung von politischen Grundsätzen und Laktgefühl nur den aller schärfsten Tadel aussprechen. Das Privatvergnügen lokaler Führer darf nicht den Namen der Partei ruinieren. Es ist erfreulich, daß die schleswig-holsteinische Volkspartei ihre Mißbilligung des Vertrages in einer Erklärung niedergelegt hat, aber es wird dabei nicht bleiben können, wenn nicht die freisinnige Sache, die gerade in dieser Provinz so kräftig eingeseht hat, empfindlichen Schaden nehmen soll.“ — Es wird dabei bleiben, denn der Freisinn hat die politische Charakterlosigkeit zu seiner Devise gemacht.

Der Zusammentritt der preussischen Duma.

Freitag nachmittag 12^{1/4} Uhr, begann die erste Sitzung des erstmals durch Sozialdemokraten „infizierten“ preussischen Abgeordnetenhauses. Da der eigentliche Alterspräsident, der Pole Dr. Szuman, das Amt abgelehnt hatte, eröffnete der zweitälteste Abgeordnete, der Nationalliberale Hübner, die Tagung mit dem obligaten Hoch auf Wilhelm II. Nachdem dies erledigt war, erschienen erst die Sozialdemokraten im Saal. In einer der nächsten Sitzungen soll die Vereidigung der neu eingetretenen Abgeordneten erfolgen. Der Alterspräsident fühlte sich, wohl infolge der Lektüre „liberaler“ Blätter, gedrungen, darauf aufmerksam zu machen, daß diejenigen Abgeordneten, die diesen Eid nicht leisten würden, von den Sitzungen ausgeschlossen sein würden. Der alte Herr mag sich beruhigen; die Sozialdemokraten werden den Eid leisten. Über den weiteren Verlauf der Sitzung berichtet das offizielle Volksbüro: Eingegangen sind zwei Anträge Borgmann (SD.) auf Einstellung der Festungshaft bezw. des Strafverfahrens gegen die Abgeordneten Liebknecht (SD.) und Leinert (SD.). Gegen den Vorschlag des Alterspräsidenten, außer der Wahl des Präsidiums auch die erste und zweite Lesung der Gehaltsvorlage für die Geistlichen auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung zu stellen, erhebt Abg. Borgmann (SD.) Widerspruch. Es bleibt aber nach einer längeren Geschäftsordnungsdebatte, an der sich die Abgg. Heydebrand und Porsch beteiligen, beim Vorschlag des Präsidenten, da der Vorschlag nicht genügend Unterstützung findet. Zur Unterstützung erheben sich nur die anwesenden Sozialdemokraten. Die Sozialdemokraten Hirsch und Liebknecht sind nicht anwesend. Nächste Sitzung Sonnabend 2 Uhr. Wahl des Präsidiums, Gehaltsvorlage für die Geistlichen und die beiden sozialdemokratischen Anträge.

An dem Gehül über sozialdemokratischen Terrorismus

Der angeblich bei den Landtagswahlen in Berlin verübt worden ist, beteiligt sich auch die Zentrums Presse. Den vorlauten Leuten sei zur Selbsterkenntnis entgegengehalten, was die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ aus Gelsenkirchen zu berichten weiß. Dort vergaß ein katholischer Bürger bei den Wahlmännerwahlen das Wählen. Zur Strafe wurden ihm sofort die Zigarrenlieferungen für das katholische Gesellenhaus gekündigt. Die Geistlichen haben das Geschäft boykottiert, und kein Geselle darf seine Zigarren im Geschäft des säumigen Wählers kaufen. Wollen also die Zentrumsleute, die andere des Terrorismus zeihen, gefälligst mal bei sich selber Einkehr halten!

Keine ausreichenden Gründe.

Genosse Karl Liebknecht, der Abgeordnete für den 11. Berliner Landtagswahlbezirk, hatte bei der Oberreichsanwaltschaft den Antrag gestellt, ihn für die Landtags-Eröffnung, die gestern, am 26. Juni, stattfand, Urlaub zu gewähren. Das Urlaubsgeuch wurde dem Genossen Liebknecht abgelehnt mit der Motivierung, daß „ausreichende Gründe für eine Unterbrechung der Strafvollstreckung nicht vorliegen“. Die telegraphische Antwort des Oberreichsanwalts, die an die Kommandantur gerichtet war, hatte folgenden Wortlaut:

„Gesuch des Festungsgesangenen Rechtsanwalts Liebknecht, ihn für die Zeit vom 26. bis 28. dieses Monats zu bewilligen, wird abgelehnt, da ausreichende Gründe für eine Unterbrechung der Strafvollstreckung nicht vorliegen. Ich bitte dies dem Liebknecht zu eröffnen.“

Oberreichsanwalt Zweigert.

Daß der Oberreichsanwalt der Auffassung ist, daß die Absicht des Genossen Liebknecht, seine Pflichten als Abgeordneter auszuüben, einen ausreichenden Grund für die Unterbrechung der Festungshaft nicht darstellt, mag allerdings den Auffassungen entsprechen, die hohe preussische Justizbehörden von den Abgeordnetenpflichten hegen. Originell ist dagegen die eigenartige Stillierung des oberreichsanwaltschaftlichen Telegramms. Die Fassung: „Ich bitte, dies dem Liebknecht zu eröffnen“ läßt sich nicht einmal durch übertriebene Sparsamkeitsrückichten erklären, denn das Wort „Herrn“ würde genau dieselben fünf Reichspfennige gekostet haben wie das Wort „dem“. Der Oberreichsanwalt Zweigert fühlte aber offenbar das Bedürfnis, zu beweisen, daß er den Knigge nicht gelehrt hat!

Auf Befehl: der Große!

Das in Publiz errichtete Kaiser Wilhelm-Denkmal sollte am 28. dieses Monats enthüllt werden, jedoch ist jetzt die Enthüllung unterlag worden, da die eingemerkte Inschrift „Wilhelm I.“ beanstandet worden ist. Gewünscht wird die Inschrift „Wilhelm der Große“. Von dem Landrat v. Eisenhart-Rothe sind an maßgebender Stelle Vermittlungsvorschläge, dahin lautend, daß über der Sockelinschrift auf einer eisernen Tafel die gewünschte Inschrift angebracht werden soll eingeleitet worden.

Die Volksstimme über Peters.

Vor dem Schöffengericht in Köln stand am Donnerstag der Verpacker Karl W., weil er im Januar d. Js. gelegentlich des Beleidigungsprozesses Dr. Peters gegen den Gouverneur Dr. v. Bennigsen und den Redakteur Briggemann von der „Kölnischen Zeitung“ den Dr. Peters durch das Wort „Mörder“ beleidigt habe. Bei den Zeugnisaussagen über die barbarische Auspeitschung der Jagobja und über ihre und des Mabruk Hinrichtung hatte sich des den großen Gerichtssaal füllenden Publikums eine furchtbare Erregung bemächtigt, die noch fortbauerte, als Peters mit seinen Freunden das Gerichtsgebäude verließ. Auf der Straße sammelte sich eine große Menschenmenge, man rief Rufe wie „Hund!“, „Schuft!“, „Mörder!“ und dergleichen aus, und es bestand die Gefahr, daß man an Peters Lynchjustiz geübt hätte. In der jetzigen Verhandlung bekundete der Bildhauer Karl Veinhorn aus Witten a. d. Ruhr, daß der angeklagte Arbeiter wiederholt den Ruf „Mörder!“ ausgestoßen habe. Der Zahnarzt Richard Schäfer hat bei der kommissarischen Vernehmung in Thorn die nämliche Aussage gemacht. Der Staatsanwalt beantragte unter Berücksichtigung der während des Petersprozesses herrschenden großen Erregung nur 40 Mark, das Gericht erkannte auf 50 Mk. Geldstrafe.

Italien.

Der Streik in Parma. Fünf Tage hat der Generalstreik in Parma gedauert. Seine Einstellung wurde erst dann beschlossen, als die Regierung der Arbeitskammer wieder ihre Lokale zur Verfügung gestellt und die Bücher und die Kasse zurückgegeben hatte. Der Agrarstreik dauert fort. Die Sympathiestreiks in Bologna, Spezia, Salsomaggiore und an anderen Orten wurden auf Wunsch der Organisation von Parma eingestellt.

Rußland.

Zur Statistik des Galgens in Rußland. Mehr als je haust jetzt der Galgen in Rußland. Todesurteile und Hinrichtungen, Hinrichtungen und Todesurteile — so geht es in ständigem Kreislauf. Niemand wird gespart — weder Frauen noch kaum erwachsene Jünglinge. Besonders reichlich sind damit die letzten Wochen begnadet worden. So brachte der 21. Mai die Kunde von 13 Todesurteilen, der 27. von ebenso vielen, der 31. von 16, der 2. Juni von 19, der 10. von 14, der 21. von 17 Todesurteilen. Eine Zusammenstellung der Nachrichten über die ersten drei Wochen des Juni ergibt insgesamt 124 Todesurteile, von denen jedoch mehr als die Hälfte (63) Warschau traf, 16 Lodz galten, während die übrigen auf Riga (8), Iekaterinlaw (8), Kremenischug (8), Somara (6) und noch mehrere andere Städte sich verteilten.

Weitere Mordversuche auf Gefangene. Im Löfflicher Gefängnis schloß eine Schildwache auf „ungehorsame“ Sträflinge und verwundete einen. Infolgedessen entstanden unter den politischen Gefangenen Unordnungen, bei deren Unterdrückung gegen 30 Mann verwundet wurden.

Holland.

Über Unruhen in Niederländisch-Indien wird amtlich gemeldet: Eine Kavallerie-Abteilung wurde als Patrouille an die Westküste von Sumatra kommandiert. Alle Regierungsgebäude in Padang sind unter militärischen Schutz gestellt worden. In Boewa wurde das Haus eines Steuerbeamten in Brand gesetzt und die Kasse geplündert. Ein auf Palembang gerichteter Angriff wurde abgeschlagen. Die Angreifer hatten 57 Tote.

Eine Flottendemonstration gegen Venezuela beabsichtigt die holländische Regierung, weil Präsident Castro keine ausreichende Genugtuung für die Beschlagnahme zweier holländischer Schiffe gegeben hat.

Persien.

Das Schreckensregiment des Schahs. Es herrscht vollständiger Terrorismus in Teheran. Der russische Kosakenoberst ist vom Schah zum Militärgouverneur von Teheran ernannt worden. Dreißig Personen, darunter der Deputierte Taght-Zadeh, haben Schutz hinter den hohen Mauern der britischen Gesandtschaft gesucht. Kosaken bewachen die Zugänge zu dieser Gesandtschaft. Sie wissen aber nicht recht, ob sie das Gebäude beschützen oder den Eintritt zu ihm verwehren sollen. Der Schah hat den Vertretern der fremden Mächte versichert, daß er nicht beabsichtigt, die Verfassung aufzuheben. Inzwischen läßt aber der Schah die Führer der Verfassungspartei hängen, andere ausspeien und ihre Häuser niederbrennen. Die Basare, Banken und Bureaus sind wieder geschlossen, und der telegraphische Verkehr mit dem Inlande ist unterbrochen. Die Beamten der „Indo-Europäischen Telegraphengesellschaft“ waren, da das Gebäude in der Kampfzone lag, in erheblicher Gefahr. Die Kugeln flogen von allen Seiten über die Station. Einer der eingeborenen Beamten ist verwundet. Die letzten in London eingetroffenen Privat-Telegramme aus Teheran wiederholen, daß der Schah Herr der Situation in Teheran, die Haltung der Provinzen aber unsicher sei.

Wie weiter aus Teheran berichtet wird, wurde am Mittwoch vom Hause Schir-ed-Daulehs, eines Schwagers des Schahs, eine Bombe geworfen, durch die vier Kosaken getötet wurden. Der Schah ließ sofort das Haus durch Artillerie umstellen und auf nur zwanzig Schritt Entfernung bombardieren. Das Haus, das nahe bei der deutschen Gesandtschaft liegt, war Sitz der Bruderloge Uchawaet. Viele Logenbrüder, aber ebensoviele Kosaken sind getötet oder verwundet worden. Schir-ed-Daulehs Sohn, Schir es Sultan wurde gefangen genommen. Das Haus wurde vollständig leer geplündert. Die Plünderungen in der ganzen Stadt nehmen einen furchtbaren Umfang an. Auch das Haus des Dolmetschers der deutschen Gesandtschaft, der ein bekanntes Klubmitglied ist, wurde geplündert. Der Schah ließ mehrere Personen hängen. Viele Geistliche, ferner der Finanzminister San-ed-Danley und andere suchten Schutz in der deutschen Gesandtschaft. Die Aufnahme wurde aber bisher verweigert. Andere stellten sich unter französischen oder englischen Schutz. Der Vizepräsident des Parlaments, Meschter-ed-Dauley wurde gefangen genommen. Die Parlamentskanzlei wurde vom Schah mit Beschlag belegt. Eine Proklamation des Schahs schreibt Neuwahlen für das Parlament aus, die in zwei Monaten erfolgen sollen. Das Bild, das der Parlamentsplatz bietet, ist schrecklich. Achtzehn Pferdekadaver verpesten die Luft. Soldaten und Volkstragen Balken, Türen und Fenster des Parlamentsgebäudes weg. Die Europäer sind unbehelligt geblieben.

6. Deutscher Gewerkschafts-Kongress.

(Unberechtigter Nachdruck verboten.)
C. B. Hamburg, 25. Juni.

5. Verhandlungstag. (Vormittags-Sitzung.)

Zu Beginn der heutigen Sitzung stellt zunächst Garbe Ziel gegenüber dem gestrigen Stimmungsbild des „Vorwärts“ fest, daß er in der Matseierfrage nicht dem Standpunkte der Metallarbeiterdelegation widersprochen hätte, sondern daß er nur den von Cohen im Anschluß an die offizielle Erklärung der Delegation der Metallarbeiter, daß sie den Vereinbarungen zustimmten, getanen privaten Äußerungen durch einen Zwischenruf widersprochen hätte.

Dißmann-Frankfurt a. M. berichtigt die Darstellung der Parteipresse, daß „er den Auftrag erfüllt hätte, die Frankfurter Resolution zu begründen“ dahin, daß er diesen Auftrag nicht vom Metallarbeiterverband, sondern vom dem Frankfurter Gewerkschaftsartell erhalten hätte. (Lachen.)

Dann tritt der Kongress in die Tagesordnung ein. Zur Debatte steht das Referat und die Resolution Molendyns über die

Entwicklung der sozialen Gesetzgebung in Deutschland.

Frau Jherer-Berlin begründet folgenden Antrag des gewerkschaftlichen Arbeiterinnenkomitees: „Der von der Regierung vorgelegte Entwurf eines Gesetzes für Arbeitskammern entspricht nach keiner Richtung den Anforderungen, welche Arbeiter und Arbeiterinnen an eine für sie so außerordentlich wichtige Institution zu stellen berechtigt sind.“

Das Arbeitsfeld der Kammer wird von vornherein außerordentlich eingeschränkt, während das Tätigkeitsfeld sich erst bei der praktischen Arbeit wird übersehen lassen.

Für die Wahl der Vertreter der Arbeiterschaft sind in dem Gesetzentwurf Bestimmungen getroffen, nach welchem das Selbstbestimmungsrecht des Arbeiters bezüglich der Besetzung der Kammer völlig ausgeschaltet wird. Während in der Begründung zu dem Entwurf gesagt wird, daß zu den Arbeitstammern Personen beiderlei Geschlechts wählbar sein sollen, enthält der § 18 die gleiche Bestimmung wie das Gewerbeverfassungsgesetz, nach dem nicht wählbar ist, wer nach § 32 des Gerichtsverfassungsgesetzes zum Amte eines Schöffen unfähig ist.

Da ferner die Hälfte der Mitglieder aus den Unfallversicherungsausschüssen, in welchen Arbeiterinnen nicht sind, zu wählen ist, so sind die Arbeiterinnen nicht nur von der Wählbarkeit zu den Kammermitgliedern ausgeschlossen, sondern es ist ihnen zum Teil auch das Wahlrecht genommen.

Unter Berücksichtigung dessen, daß selbst die Verbündeten Regierungen in der Begründung eines Entwurfes eines Reichsgewerbeverfassungsgesetzes erklärten, daß es nicht angängig sei, die bei jeglicher Industriearbeit tätigen Arbeiterinnen von dem zum Schutze der Arbeiter geschaffenen Institutionen auszuschließen

fordert der Kongress:

daß in jedem Gesetzentwurf betreffend eine gesetzliche Vertretung der Arbeiterklasse, das gleiche Recht für Arbeiter und Arbeiterinnen zur Geltung kommt.

Der Gesetzentwurf betr. die Arbeitstammern ist deshalb nicht nur wegen seiner grundlegenden Bestimmung, sondern auch deswegen zu verwerfen, weil er den 7 Millionen gewerblicher Arbeiterinnen, von denen der Staat und die Gemeinde in gleicher Weise Steuern verlangen, wie von den männlichen Arbeitern, die Wählbarkeit vollständig und zum Teil auch das Wahlrecht zu der gesetzlichen Vertretung der Arbeiterschaft vorenthält.

Begründend weist Genossin Jhrer auf das Beschämende hin, daß nun auch in diesem Gesetz die Arbeiterinnen, wieder mit Christen und Blödsinnigen auf eine Stufe gestellt werden sollen. Sie fordert eine energische Agitation gegen diese unwürdige Behandlung der Hälfte des Volkes zugunsten eines einheitlichen Arbeiterrechts. (Beif.)

Die Resolutionen Wolfenbüttel und Jhrer werden debattelos einstimmig angenommen.

Nächster Gegenstand der Tagesordnung ist die

staatliche Versicherung der Privatangestellten.

Der Referent R. Lange-Hamburg führt aus: Nach dem Beschlusse des internationalen Sozialkongresses zu Amsterdam fordern wir die allgemeine Versicherung der Arbeiter aller Art. Das verpflichtet uns, auch dem Streben der Privatangestellten nach dem Ausbau ihrer Alters- und Invalidenversicherung und nach der Erwerbung der Unfallversicherung zu unterstützen. Auch große Teile der bürgerlichen Parteien stehen diesen Forderungen der Privatbeamten freundlich gegenüber. Aber sie treibt die Furcht vor der Sozialdemokratie; sie wollen etwas tun, um die bisher von der Sozialgesetzgebung verlassenen Privatbeamten vom Anschluss an die Arbeiterschaft und die Sozialdemokratie zurückzuhalten. Gerade wegen dieses Zweckes halten sie auch die Privatbeamten solange hin, als deren Geduld reicht, und die reicht leider sehr weit. Wird aber einmal die Privatbeamtenversicherung geschaffen, so sollen durch sie die Privatbeamten eine Stützlinie der Unternehmern gegen die Arbeiter werden. So wollen es alle bürgerlichen Parteien und auch die christlich-nationalen Arbeiter. Der Deutsch-nationale Handlungsgehilfen-Verband antisemitischer Richtung fordert eine Sonderversicherung der Privatangestellten, weil das für die standespolitische Entwicklung der Handlungsgehilfen von der größten Bedeutung sei; dadurch werde der Entwicklung der Privatbeamten zum Lohnarbeiter und Klassenproletarier endgültig ein Riegel vorgeschoben. So lege man auf die Form der Versicherung mehr Gewicht als auf die Leistungen und wiegt sich in dem lächerlichen Wahne, dadurch der Proletarisierung der Handlungsgehilfen und Privatbeamten beugen zu können. Wir aber verlangen eine einheitliche Versicherung für Arbeiter und Privatbeamte durch Ausbau der Alters- und Invalidenversicherung. Die Grenze zwischen Arbeiter und Techniker ist oft flüchtig. Bei einer selbständigen besseren Versicherung würde der Andrang zum Privatbeamtenberufe ungeheuer werden. Bei der selbständigen Versicherung der Privatbeamten wird auch die Betriebsrentenkasse, die den Arbeiter an einen Betrieb fesselt, als Ersatz anerkannt werden, was das Invalidengesetz bekanntlich ausschließt. So gebietet das Interesse der Privatbeamten selbst, der Invalidenversicherung der Arbeiter angelehnt zu werden. Aber auch gegen die Arbeiter wäre es ein schweres Unrecht, nur den Privatbeamten eine bessere Invalidenversicherung zu schaffen. Alle bürgerlichen Parteien einschließlich der durch Schwärze mitschuldigen christlichen Gewerkschaften sind zu diesem Verrat an der Arbeiterschaft bereit, der jede Verbesserung des Invalidengesetzes für die Arbeiter auf lange Zeit hin unmöglich machte. Wenn so die bürgerlichen Parteien die Arbeiter aufs Schwerste zu schädigen suchen, ist es unsere Pflicht, die Arbeiter aufzuklären, daß sie mit uns laut rufen:

Wir unterstützen die Bestrebungen der Privatangestellten auf Verbesserung der Versicherungsregelung, insbesondere der Alters- und Invalidenversicherung einschließlich der Witwen- und Waisenfürsorge aufs Entschiedenste, aber wir fordern im Interesse der Privatangestellten selbst und der Arbeiter eine Reform der staatlichen Versicherung, die sich auf alle Schichten der lohnarbeitenden Bevölkerung erstreckt. (Lebh. Beif.)

Der Referent legt folgende Resolution vor:

Der 6. Deutsche Gewerkschaftskongress tritt ein für die staatliche Versicherung gegen Krankheit und Unfall sowie für die Alters-, Invaliden-, Witwen- und Waisenversicherung aller Schichten der Lohnarbeiterschaft. Er unterstützt daher auch die diesbezüglichen Bestrebungen der Privatangestellten aufs Nachdrücklichste. Der Gewerkschaftskongress betrachtet es als eine unerlässliche Forderung der Gerechtigkeit, daß die staatliche Versicherung in einer Weise organisiert wird, die nicht eine Benachteiligung bestimmter Gruppen der lohnarbeitenden Bevölkerung in sich schließt.

Der Gewerkschaftskongress erklärt sich für die Vereinheitlichung der Versicherungsregeln und bekämpft auch jene Zersplitterung im Versicherungswesen, die darin liegt, daß sich die Versicherungspflicht bei den einzelnen Versicherungsarten auf ganz verschiedene Personenzirkel erstreckt. Diese Zersplitterung, von der auch die Privatangestellten betroffen werden, weil bei keinem der einzelnen Versicherungszweige die Gesamtheit der Privatangestellten versicherungspflichtig ist, darf nicht durch weitere Absonderungen vergrößert werden. Die von mancher Seite befürwortete Sonderversicherung der Privatangestellten für den Fall des Alters und der Invalidität, einschließlich der Hinterbliebenenfürsorge, würde nicht nur die Arbeiter ausschließen, sondern da der Begriff „Privatangestellter“ keineswegs feststeht, auch viele Kreise der Angestellten in die Gefahr bringen, nicht in die Sonderversicherung aufgenommen zu werden. Daher und aus anderen für die Angestellten sehr wichtigen Gründen verweist ein großer Teil der Privatangestellten selbst, sowohl solche, die der freien Gewerkschaftsbewegung angehören, als auch

andere, das System der Sonderversicherung. Sie fordern eine ausreichende Alters-, Invaliden-, Witwen- und Waisenversicherung im Rahmen des Invalidenversicherungsgesetzes durch höhere Leistungen in den jetzt bestehenden Lohnklassen und Erbringung höherer Lohn- und Beitragsklassen. Der Gewerkschaftskongress schließt sich unbeschadet seines prinzipiellen Standpunktes, daß zur Aufbringung der erforderlichen Mittel alle Klassen der Bevölkerung durch direkte Steuern heranzuziehen sind, diesen Wünschen an und richtet an die Gesetzgebung das dringende Ersuchen, sie schleunigst durch den Ausbau des Invalidenversicherungsgesetzes und zwar so zu erfüllen, daß die Berufsart an sich nicht zum Anlaß genommen werden darf, irgend eine Kategorie des Versicherungswesens zu benachteiligen. Hinsichtlich der Festlegung des Invaliditätsbegriffes jedoch ist die bisherige Tätigkeit des Versicherer, ebenso wie seine Ausbildung, Kräfte und Fähigkeiten voll zu berücksichtigen. Betriebsrentenkassen um sollen nicht von der Versicherungspflicht befreit, wie Erbschaftsrenten überhaupt nicht zugelassen sind. Den Versicherer ist das Recht der Selbstverwaltung zu gewähren.

Der Kongress fordert die Gewerkschaften auf, bei allen geeigneten Gelegenheiten auf die Notwendigkeit des Ausbaues und der Vereinheitlichung der staatlichen Versicherung im Sinne dieser Resolution hinzuwirken.

Die Resolution wird debattelos einstimmig angenommen.

Die Redaktionskommission legt inzwischen den endgültig zusammengestellten Text der Resolution über die Grenzstreitigkeiten vor. Sie wird mit großer Mehrheit angenommen.

Es folgt in der Tagesordnung

Die gewerbemäßige Arbeitsvermittlung.

Der Referent Kochsch-Berlin führt aus: Der Gewerkschaftskongress hat sich schon wiederholt mit der Arbeitsvermittlung beschäftigt. Aber da handelte es sich nur darum, wer den Arbeitsnachweis haben sollte, ob Arbeiter oder Unternehmer oder paritätisch die Stadt. Mit der gewerbemäßigen Arbeitsvermittlung befassen wir uns zum ersten Male. Über den Umfang der gewerbemäßigen Arbeitsvermittlung, die Zahl und die Einnahmen der Arbeitsvermittler besteht kaum ein irgendwie ausreichendes statistisches Material. In den schlecht organisierten rückständigsten Berufen wütet diese schwere soziale Krankheit am heftigsten. Leute von zweifelhafter moralischer Qualifikation sind es, die hier die Arbeitssuchenden ausbeuten. Folgerichtig gemeldet als Stellenermittler sind etwa 10.000, aber in Wahrheit dürften es viel mehr sein, weil sie sich vielfach in der Form von Vereinen oder Bänden der polizeilichen Kontrolle entziehen. Aber die Höhe der Einnahmen liegen nur Einzelangaben vor. Aber auch wo Polizeiverordnungen bestehen, daß die Gebühren in Bücher eingetragen werden sollen, sind die wahren Einnahmen viel höher. Nur gehen sie unter dem Namen Ausgaben oder Geschenke. Auch wo die Verbindung von Kneipen oder Schlafstellen mit Arbeitsnachweisen verboten sind, wird dieses Instrument doppelter Ausbeutung auf indirektem Wege ausrechterhalten. Das Verbot an die Heuerbasen, Schlafstellen zu haben, hat nur zur zwiefachen Ausbeutung der Leute durch Heuerbasen und Schlafstätten geführt, die natürlich unter einer Decke stehen. Am schwersten leiden unter dieser gewerbemäßigen Stellenermittlung die Bäcker und Fleischer, die Gastwirtschaftlichen, die Kaufleute, die Diensthöten, Landarbeiter und Seelente. Bei den Bäckern haben die Kommissionäre trotz der Innungsabwehr, die nicht besser sind, noch ein weites Ausbeutungsfeld. Ebenso bei den Fleischern. Die schwersten Mißstände herrschen bekanntlich im Gastwirtsgewerbe, wo bis zu 300 Mk. für Zahlkliner- oder Köchenmeisterposten gezahlt werden. Weinlieferungen und sogenannte „Reppessen“ vollständigen die Ausbeutung der Arbeitslosen. Die Kellnerinnen in den Animerkneipen, für die besondere Stellenermittlungsbüreaus bestehen, müssen für jeden Tag, den sie im Dienste stehen, 30 Pfennig Vermittlungsgebühr zahlen, die ihnen gleich morgens von den Marken abgezogen werden. Die Handlungsgehilfen leiden vielfach unter dem Schwindel der Vakanz-Anzeiger, die gar keine Stellen zu vermitteln haben. Die Diensthöten mit ihrem häufigen Stellenwechsel zahlen an die Vermittlerinnen ungeheure Summen. Wo sie in der Zeit der Arbeitslosigkeit bei der Stellenermittlerin auch wohnen, werden sie oft zu unsittlichen Lebensmühen verleitet. Die Dienstmädchenbörse in der Jägerstraße in Berlin, die ganz einem alten Gefundenmarkt gleich, verdient jährlich 200.000 Mark. Die Landarbeiter sind so arm und so knapp, daß bei ihnen die übermäßigen Gebühren von den Arbeitgebern getragen werden müssen. Aber natürlich drückt dies indirekt doch wieder auf die Landarbeiterlöhne. Im Seemannsberuf ist das ausbeuterische Treiben der „Wase“ bekannt. Aber die Heuerbureaus der großen Reedereien sind nicht besser als diese Ausbeuter; sie gehen die Arbeiter und ihre Organisationen ganz in die Hand des Großkapitals. Überhaupt sind es die schwachen Organisationen, die am meisten unter der gewerbemäßigen Stellenermittlung zu leiden haben. Helfen Sie den schwächeren Organisationen im Kampf für die Befreiung der Arbeiterschaft von dieser Plage. (Lebh. Beif.)

Der Referent legt folgende Resolution vor:

Die gewerbemäßige Stellenermittlung, wie sie im Gastwirtsgewerbe, in den seemannischen Berufen, im Handels-, Schlachter- und Bäckerergewerbe, ferner bei der Vermittlung von Diensthöten und Landarbeitern sich eingebracht hat, führt zu großen materiellen Schädigungen für die Arbeitssuchenden. Die Gebühren, die von den privaten Vermittlern erhoben werden, sind z. T. ungeheuer hoch und stehen meist in einem argen Mißverhältnis zu den von ihnen geleisteten Diensten. Über die tariflich festgesetzten Gebühren hinaus suchen die Vermittler unter allerlei Vorwänden und unter den verschiedensten Formen Gelder aus den Vermittelten herauszupressen. Der Umstand, daß die Stellenermittler, Gesindenermittler, Heuerbureaus usw., sowie die sogenannten Sprechmeister der Innungen in der Regel direkt oder indirekt mit Gastwirtschaften oder anderen Geschäftleuten (Lieferanten von Ausstattungsgegenständen, Zigarren-, Weinhandlungen usw.) in Verbindung stehen, ermöglicht eine weitere Ausbeutung und Demoralisation der Stellensuchenden. Da ein häufiger Stellenwechsel im persönlichen Erwerbsinteresse der Vermittler liegt, so suchen sie diesen nicht selten unter Anwendung unlauteurer Mittel möglichst zu befördern. Indem sie den Unternehmern fortgesetzt neue Arbeitskräfte anbieten, die sie vielfach durch falsche Darstellung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse und trügerische Versprechungen in rückständigen Gegenden angeworben haben, bewirken sie eine Herabsetzung der Löhne. Bei Lohnbewegungen unterstützen sie das Unternehmertum durch Herbeischaffung von Streikbrechern. In Erwägung aller dieser Feststellungen erklärt der Kongress: Die gänzliche Ausschaltung dieser volkswirtschaftlich schädlichen Erfindungen ist im Interesse Hunderttausender von Arbeitern dringend geboten und ein vollkommener Erfolg

hierfür durch Errichtung öffentlicher, von gemeinnützigen Gesichtspunkten aus geleiteter, gebührenfreier Arbeitsnachweise zu schaffen.

Die Stellenermittlung und der Arbeitsnachweis sind durch Reichsgesetz einheitlich zu regeln und sind neue Konzeptionen an gewerbemäßige Stellenvermittler usw. nach einer durch Gesetz zu bestimmenden Übergangszeit nicht mehr zu erteilen.

Die vom Staat oder Kommune zu errichtenden Arbeitsnachweisanstalten müssen auf der Grundlage vollkommener Selbstverwaltung aufgebaut sein, überhaupt allen denjenigen Anforderungen entsprechen, die vom Gewerkschaftskongress Frankfurt a. M. 1899 als Vorbedingung aufgestellt worden sind.

Der Kongress erwartet, daß bei der in Aussicht stehenden Änderung der Gewerbeordnung (Titel 11 § 34) diesen Wünschen Rechnung getragen wird.

Schreibere-Hamburg a. G. begründet folgenden Antrag des Verbandes der Fabrikarbeiter, Zahlstelle Hamburg a. G.:

„In Anbetracht der schädlichen Tätigkeit der gewerbemäßigen Stellenvermittlungsbüreaus und internationalen Arbeitsnachweise für die gesamte Arbeiterschaft, haben die organisierten Arbeiter derartige Institute zu meiden. Diese Institute treten besonders bei Differenzen zwischen den Arbeitern und Unternehmern in Aktion, indem sie dann als Streifbureau tätig sind, und auf diese Weise abnuschende Arbeiter, welche mit den Verhältnissen nicht vertraut sind, als Streifbureau angeworben werden. Als Vermittlungsgebühren werden diesen Arbeitern ganz enorme Geldbeträge abgepreßt und werden ihnen Arbeitsverträge zur Unterschrift vorgelegt, welche den guten Sitten und Gesetzen widersprechen, wobei man sich nicht scheut, derartige Verträge auch von Arbeitern unterschreiben zu lassen, die weder der deutschen Sprache noch Schrift mächtig sind.“

Deshalb beauftragt der Gewerkschaftskongress die Generalkommission, bei der gesetzgebenden Körperschaft dahin zu wirken, daß die gewerbemäßigen Stellenvermittlungsbüreaus und internationalen Arbeitsnachweise verboten werden und an deren Stelle paritätische Arbeitsnachweise unter kommunaler Verwaltung mit einem unparteiischen Vorsitzenden geschaffen werden.

Die Institute, welche öffentlich als Streifbureau tätig sind oder waren, müssen öfter bekannt gemacht werden, um die Arbeiterschaft vor solchen Einrichtungen zu warnen. Die Generalkommission hat für ausreichende Aufklärung, auch in fremdsprachlich erscheinenden Zeitungen zu sorgen.“

Begründend weist der Redner daraufhin, daß diese nationalen und internationalen Stellenvermittlungsbüreaus vielfach unsittliche Verträge mit den Arbeitern abschließen, die sie zu wahren Sklaven machen. Diese Büreaus müßten in den Gewerkschaftsblättern, vor allem auch in den fremdsprachigen, aufs schärfste gebraucht werden.

Hegemann-Hamburg (Fabrikarbeiter) begründet den Antrag der Zahlstelle Hamburg des Fabrikarbeiterverbandes: Die Generalkommission zu beauftragen, in aller nächster Zeit eine Flugchrift in Massenaufgabe herzustellen und verbreiten zu lassen, in welcher das gemeingefährliche Treiben der sogenannten nationalen und internationalen Stellenvermittlungsbüreaus, hauptsächlich bei den Lohnkämpfen der Arbeiterschaft, eingehend geschildert wird. Ganz besonders soll auf die Praktiken der Werbagenten dieser Büreaus hingewiesen werden. Redner teilt Beispiele mit, in denen Minderjährige, Söhne organisierter Arbeiter, von solchen Agenten in Streifbureauquartiere verschleppt worden sind.

Dobler-München: Die Handelskassensarbeiter haben unter dem Schwarzkopftum der privaten Stellenvermittler ebenso zu leiden wie viele andere Berufe. Ein besonderes Übel für uns ist das Kautionschwindlertum in den Verkaufsgeschäften. Leider schenken die Städte, auch da wo sie paritätische Arbeitsnachweise eingerichtet haben, diesen bei weitem nicht die nötige Beachtung.

Hähnel-Hamburg (Hafenarbeiter) wünscht ein recht energisches Vorgehen der Kartelle gegen die gewerbemäßigen Stellenvermittler.

Schick-Berlin (Bäcker): Im Kampfe gegen die Ausbeutung der Arbeitslosen stehen wir allein. Die Unternehmer haben ein Interesse daran, möglichst verschuldete Arbeiter zu bekommen, die wenigstens einige Zeit lang sich alles gefallen lassen. So ist wenigstens der Gedankengang der Bäckermeister, die ja zu den gehäßigsten Arbeitgebern gehören. Ihre Sprechmeister und Arbeitsvermittler sind vielfach nebenbei Kommissionäre oder Kommissionäre gewesen. Da können Sie sich denken, wie ernst es ihnen mit der Bekämpfung dieser Ausbeutung ist. Hat doch der Bäcker-Sprechmeister Vogel in Berlin sich große Geschenke von den Arbeitssuchenden machen lassen. Nur aus eigener Kraft können die organisierten Arbeiter der Ausplünderung der Arbeitslosen ein Ende zu machen.

Hensel-Berlin (Fleischer): Wir leiden unter genau denselben Mißständen wie die Bäcker.

Paul Müller-Hamburg (Seemann): In der bürgerlichen Generalanfrage schildern die „Landhaie“, diese angeblichen Stellenvermittler in den verlockendsten Farben die Romantik des Seelens und versprechen rasche Karriere und glänzende Bezahlung. So locken sie die jungen Leute aus dem Binnenlande nach Hamburg, hängen ihnen hier unmäßig teure Ausstattungen wuchernd auf und bringen sie dann auf russische oder spanische Schiffe oder lassen sie einfach im Hafen verkommen, bis der Verband oder die Polizei sich ihrer annahmen. Die jungen Leute sind für den schweren Seemannsdienst oft viel zu schwach und auch daher kommt die hohe Selbstmordziffer unter den Seelenten. Ich halte es für meine Menschenpflicht, hier vor dem Kongress offen zu erklären, daß die gesamte binnendänische Bevölkerung sich ängstlich hüten muß, in die Nähe dieser Stellenvermittler zu gehen. Die Stellenvermittlungsbüreaus der großen Reedereien haben die Lage der seemannischen Arbeiter noch verschlechtert. Ihre Anstellungen stehen mit Ausstattungsgegenständen, Gastwirten, ja mit Bordellbesitzern in engster geschäftlicher Verbindung. Obendrein machen sie die organisierten Arbeiter in der schäblichsten Weise brotlos. Die Stellenvermittlungsbüreaus, diese Wohlfahrts-einrichtungen der Großreederei, sind genau so schlimm wie die Landhaie (Lebh. Zustimmung).

Brünn-Ludwigshafen (Fabrikarbeiter) regt an, die Forderung nach Verbot aller privaten Arbeitsnachweise neben den kommunalen in die Resolution mit aufzunehmen. Nicht nur die gewerbemäßigen, auch die Fabrikanten-Nachweise seien gemeinschädlich.

Eckorn-Berlin (Barbier) führt Klage, daß vielfach Gastwirte Zuschüsse für Barbier vermittelten und diese arg ausbeuteten. Gegen die gewerbemäßige Stellenermittlung dürfe die Arbeiterschaft nicht auf das Eingreifen der Gesetzgebung warten, sondern selbst wirken, indem sie die Betriebe bezuzuge, die organisierte Arbeiter von der Organisation aus beziehen.

Damit schließt die Diskussion. In seinem Schlusswort

erklärt Referent Kochsch das im Antrage Hamburg geforderte Verbot der Benutzung gewerbemäßiger Arbeitsnachweise an die organisierten Arbeiter heute noch nicht allgemein für

durchführbar. Das Verbot aller privaten Arbeitsnachweise habe er nicht gefordert, um nicht eine prinzipielle Debatte über gewerkschaftlichen und paritätischen Arbeitsnachweis zu entfesseln. Persönlich sei er allerdings auch der Meinung, daß der Arbeitsnachweis immer mehr eine öffentliche Angelegenheit werden wird.

Alle Anträge zu diesem Gegenstand werden der Redaktionskommission zur Abfassung einer einheitlichen Resolution überwiesen.

Nächster Gegenstand der Tagesordnung ist

Der Boykott als gewerkschaftliches Kampfmittel.

Der Referent Almann-Hamburg legt hierzu folgende Resolution vor:

Der Boykott ist bei Lohnkämpfen der Arbeiterschaft in der Bekleidungsindustrie, desgl. in der Nahrungs- und Genussmittelindustrie und einigen anderen Gewerben ein Hilfsmittel von großer Bedeutung, wenn für diese Gewerbe der Massenkonsum der Arbeiterschaft ein ausschlaggebender Faktor ist. Benutzt die Arbeiterschaft in solchen Lohnkämpfen ihre Macht als Konsument, so kann durch den Boykott auf die sich gegen die Forderungen ihrer Arbeiter sperrenden Unternehmer ein bedeutender Druck ausgeübt werden, der diese zum Nachgeben im Kampfe und zur Anerkennung der Forderungen zwingen muß. Deshalb benutzt auch fraglos die Arbeiterschaft den Boykott als gewerkschaftliches Kampfmittel zur Unterstützung der organisierten Arbeiter in oben genannten Gewerben, umso mehr, da die Lage dieser Arbeiter und Arbeiterinnen auch durchweg noch weit unter dem allgemeinen Niveau der Lebenshaltung der Gesamtarbeiterschaft steht und letztere ein dringendes Interesse daran haben muß, ihren Teil zur Hebung der traurigen Lohn- und Arbeitsbedingungen dieser Gruppen beizutragen.

Ausgehend von diesen Grundsätzen beschließt der Kongress:

1. Der Boykott über einzelne Unternehmer oder gegen Gruppen von Unternehmern kann nur auf Antrag der im Lohnkampfe stehenden Gewerkschaft von der Vertretung der organisierten Arbeiterschaft am Orte, dem Gewerkschaftskartell beschloffen werden.

2. Als zweckmäßig empfiehlt es sich, zu den Beratungen über einen Boykott auch die Leitung der politischen Arbeiterorganisation am Orte heranzuziehen, damit im Kampfe beide Richtungen der Arbeiterschaft sich unterstützen und ergänzen können.

3. Die Gewerkschaften, welche die Hilfe des Boykotts in Anspruch nehmen wollen, haben dieses mindestens 14 Tage vor dem Beginne des Arbeitsstreiks dem örtlichen Gewerkschaftskartell anzumelden und mit diesem über die einzelnen Schritte zu beraten; bei Abwehrstreiks und Aussperrungen muß die Anmeldung sofort bei Ausbruch desselben geschehen.

4. Der Boykottbeschuß des Gewerkschaftskartells am Kampforte ist auch für die Arbeiterschaft anderer weniger beteiligter Orte mit bindend. — Ist jedoch voranzusehen, daß sich der Lohnkampf und Boykott auf ganze Landstriche und Provinzen erstreckt, so soll außerdem vor Ausbruch des Kampfes eine Verständigung mit den Gewerkschaftskartellen dieses Landstriches und der zuständigen politischen Parteileitung erfolgen.

5. Die Leitung des Boykotts wie die Aufbringung der Mittel für dessen Propagierung und Durchführung ist Sache der im Lohnkampfe befindlichen Organisation, welche die Verhängung des Boykotts beantragt hat. Die Organisationsleitung hat sich jedoch über wichtige Maßnahmen mit der Vertretung der Gesamtarbeiterschaft am Orte zu verständigen.

6. Die Leitung des Boykotts hat neben der nötigen Publikation der gefassten Beschlüsse auch dafür zu sorgen, daß genügend boykottfreie Ware herbeigeschafft wird.

7. Ist von den dazu berechtigten Instanzen ein Boykott beschloffen, so ist es Pflicht aller organisierten Arbeiter und Arbeiterinnen, diesen Beschluß voll und ganz durchzuführen und auf keinen Fall in boykottierten Geschäften zu kaufen.

Der Kongress erachtet den Boykott als ein gewerkschaftliches Kampfmittel, das nur nach reiflicher Prüfung der Verhältnisse und nach Beschlußfassung der vorerwähnten Instanzen angewandt werden darf, weil die ungerechte und unzeitige Anwendung eines Boykotts für die beteiligte Gewerkschaft und die gesamte Arbeiterschaft nachteilig wirkt.

Zur Begründung seiner Resolution führt Almann aus: Auf dem vorigen Gewerkschaftskongresse in Köln wurde auf Antrag meines Verbandes, der Bäcker, beschloffen, auf diesem Gewerkschaftskongresse die Frage des Boykotts als gewerkschaftliches Kampfmittel zu behandeln. Unser Antrag entsprang nicht dem Umfande, daß wir über mangelnde Solidarität der anderen Verbände zu klagen gehabt hätten, sondern der Erkenntnis, daß die Boykotts oft nicht in der wünschenswerten Weise vorbereitet und durchgeführt wurden. Der Boykott gehört ja zu unseren jüngsten gewerkschaftlichen Kampfmitteln und findet nur Anwendung in einer verhältnismäßig geringen Zahl wirtschaftlicher Kämpfe, nämlich da, wo der Arbeiter-Konsum ein vor allem in der Nahrungs- und Bekleidungsindustrie. Ursprünglich wurde der Boykott nur im politischen Kampf der Arbeiterklasse angewandt, um der Partei Versammlungslokale zu öffnen. Seit dem großen Berliner Bierkrieg von 1894 wurde der Boykott auch ein wirtschaftliches Kampfmittel der Arbeiter. Dieser wie andere Boykotts trachten jedoch z. Teil eine Enttäuschung, weil man sich zu viel versprochen hatte. Man überließ, daß der Boykott bei seiner Durchführung nur auf die Hilfe der organisierten Arbeiter rechnen darf und daß es schon sehr schwer ist, die unorganisierten Arbeiter mitzureißen. In bürgerlichen Kreisen aber Sympathien für einen Boykott zu erwecken, wird in den meisten Fällen unmöglich sein. Das zeigte sich schon in diesem ersten großen Bierkrieg und später besonders in den Kämpfen gegen die Schuhwarenfabrik Taub u. Co. Der Bäckerverband darf für sich in Anspruch nehmen, seit dem Jahre 1904 die Boykotts planmäßig vorbereitet zu haben. Es ist ihm dabei nicht leicht gemacht worden. Die Unternehmer riefen die Gerichte an und drangen mit einseitigen Verfügungen auf Verbot der Veröffentlichung der bewilligten und nichtbewilligten Bäckereien und mit Schadenersatzklagen vor. Aber selbst wenn man von einzelnen Mißerfolgen der Unternehmer wie dem bekannten vom Reichsgericht bestätigten Urteil des Kieler Oberlandesgerichts in Sachen eines Bäckerboykotts absteht, haben die Unternehmer die Luft am Prozeß führen verloren, denn sie erlitten zwar siegreiche Urteile, aber bisher noch nie Geld. Statt dessen griffen sie zu dem Mittel des Gegenboykotts. Sie sperrten den Bäckern, die bewilligt hatten, Mehl, Milch, Holz, Torf und besonders die Hefe, oder sie organisierten das bürgerliche Publikum, nur in den boykottierten Geschäften zu kaufen. Eine Hauptaufgabe der Boykottleitung ist es in jedem Falle, rechtzeitig für genügend boykottfreie Ware zu sorgen, was manchmal gegenüber einem Krutz-der-ganz-Deutschland umfaßt, wie dem Hefesyndikat oder dem Brauereiring nicht immer ganz leicht war. So ist der Boykott eine zweischneidige Waffe, aber wo er genügend vorbereitet und ohne Einflüsse durchgeführt wird, eine wirkliche Waffe in wirtschaftlichen Kämpfen. Gut gelang bei den Boykotts bisher die Aufstellung der sonst so schwer zugänglichen Arbeiterfrauen. Die Propagierung

des Boykotts kostete manchmal allerdings erheblich mehr als die ganze Streikunterstützung. Die Kosten des Boykotts muß natürlich die Gewerkschaft tragen, die ihn beantragt hat. Sie muß auch die Leitung des Boykotts überwachen und die etwaigen Fehler verantworten. Für die Inzenerung, Leitung und Durchführung des Boykotts gibt meine Resolution bestimmte Regeln. Hoffentlich gelingt es, mit ihrer Hilfe den Boykott immer mehr zu dem zu machen, was er seiner Natur nach sein soll, eine mächtige Demonstration der allgemeinen Arbeiter-solidarität, auf die wir stolz sein können. (Lebh. Beifall.)
Hierauf tritt die Mittagspause ein.

Aus Lübeck und Rathbargebieten.

Sonnabend, den 27. Juni.

Achtung Maurer! Wegen Akkordarbeit ist über die Siedbänarbeiten in der Marktstraße sowie über den Bau in Kalkenhof-Schwartau, ausgeführt von der Firma Heidenreich und Götner, die Sperre verhängt worden. Als Akkordanten fungieren J. Jabs, Chajotstraße, F. Mädel, Krempeldorfer Chaussee. — Zugzug von Maurern nach Fehmarn ist fernzuhalten.

Ein kleiner Vertrag zum Kapitel Sozialdemokraten als Arbeitgeber. Die bürgerliche Presse, und ganz besonders unser Amtsblatt, ist mit mehr Eifer als Ehrlichkeit bemüht, ihren Lesern vorzureden, die Sozialdemokratie hätte in den von ihnen geleiteten Betrieben schlechte Lohn- und Arbeitsbedingungen. Wenn in Hofmüdel oder einer ähnlichen Werkstatt irgend ein Konsumverein, der mit unserer Partei auch nicht das allermeiste zu schaffen hat, Löhne zahlt, die nur den in vielen bürgerlichen Geschäften üblichen gleichstehen, so wird gleich der Schwindel verbreitet, die Sozialdemokraten seien die schlechtesten Arbeitgeber. Es wird der Reichsverbandspresse sicherlich nur angenehm sein, wenn sie Gelegenheit erhält, das Kapitel Sozialdemokraten als Arbeitgeber um einige Sätze zu bereichern; deshalb sei folgendes mitgeteilt: Mit dem heutigen Tage ist im Betrieb der Firma Friedrich Meyer u. Co. (Druckerei des Lübecker Volksboten) für das gesamte technische Personal die achtstündige Arbeitszeit eingeführt. Weiter sind folgende Bestimmungen getroffen: Arbeiter, welche mindestens ein Jahr im Dienste der Firma beschäftigt sind, erhalten bei militärischen Übungen von nicht mehr als 14 Tagen den vollen Lohn, wenn sie verheiratet oder Ernährer von Familienangehörigen sind. Ledige, bei denen letzteres nicht zutrifft, erhalten zwei Drittel des Lohnes. Bei bis zu sechs Wochen dauernden Übungen wird der volle Lohn nur für die ersten 14 Tage, für den Rest dieser Zeit zwei Drittel bezahlt. Bei Erkrankungen, für die von der Krankenkasse Krankengeld gezahlt wird, leistet das Geschäft an alle mindestens 1 Jahr im Geschäft tätigen Arbeiter und Arbeiterinnen einen Zuschuß. Bei im Geschäft erlittenen Unfällen zahlt die Firma die Differenz zwischen Lohn- und Krankengeldbezügen resp. Unfallrenten vom Tage des Unfalles bis zur Dauer von 26 Wochen. Außerdem gewährt das Geschäft allen Angestellten acht Tage Ferien und zahlt die vollen Beiträge zur Alters- und Invaliditätsversicherung. — So sind die Arbeitsbedingungen in einem sozialdemokratischen Betriebe, und wir können hinzufügen, daß dieselben in fast allen sozialdemokratischen Druckereien diesen gleich oder doch wenigstens ähnlich sind. Das ist für jeden Kenner der tatsächlichen Verhältnisse nichts Neues. Der Reichsverbandspresse, welche die Sozialdemokratie und ihre Institute ständig mit Rot zu beweißen pflegt, möchten wir jedoch empfehlen, der Praxis der Sozialdemokraten als Arbeitgeber nachzusehen; sie würde sich damit nur den Dank ihrer Angestellten verdienen.

In Vertretung. Für die Dauer der Abwesenheit des Senators Hermann Schenck hat Senator Dr. Fehling den Vorsitz im Finanzdepartement und Senator Kulenkamp den Vorsitz in der Vorsteherchaft des St. Johannis-Jungfrauenlokales übernommen.

Konkursöffnung. Über das Vermögen der Handelsfrau Anna Amalie Agnes Elise Marie Alwardt geb. Pant, Inhaberin der Firma Anna Alwardt in Lübeck, Hartengrube 22, ist am 26. Juni 1908, nachmittags 1 Uhr das Konkursverfahren eröffnet worden. Der Rechtsanwalt Dr. Weber zu Lübeck wurde zum Konkursverwalter ernannt.

Wasserwärme gestern: Krähenteich 21, Falkendamm 21 Grad.

Selbst gestellt. Der seit zehn Jahren streikfertig verfolgte Rechtsanwalt Burmeister stellte sich der Staatsanwaltschaft, gegen hohe Kaution wurde er freigelassen.

pb. Wem gehört der Gürtel? Bei einem am 26. d. Mts. wegen Trunkenheit festgenommenen Ziegler wurde ein goldgestickter getragenem Damengürtel gefunden. Der Gürtel hat ein achtseitiges Schloß aus mattem weißen Metall mit Verzierungen aus gelbem Metall. Es dürfte nicht ausgeschlossen sein, daß er aus einem Diebstahl herrührt.

pb. Festgenommen wurde ein früherer Seemann, der sich in einer Wirtschaft an der Untertrave des Diebstahls eines Paares Schnallenschuhe schuldig machte.

pb. Verdächtig. Gegen einen Schlichtergesellen, der dringend verdächtig ist, einem Schlosserlehrling ein Portemonnaie mit 3,30 Mark gestohlen zu haben, wurde Anzeige erstattet.

Sinnslosigkeit des Anspruchs auf Rente. Wenn eine Person die Erwerbsunfähigkeit vorsätzlich herbeigeführt hat, so geht sie des Anspruchs auf Rente verlustig. Es kann aber auch die Rente ganz oder teilweise verlagert werden, wenn sich der Versicherte die Erwerbsunfähigkeit bei Begehung eines durch strafgerichtliches Urteil festgestellten Verbrechens oder vorläufigen Vergehens zugezogen hat. In letzteren Fällen kann jedoch die Rente der Familie ganz oder teilweise überwiesen werden, sofern der Versicherte den Unterhalt für diese aus seinem bisherigen Arbeitsverdienst bestritten hat.

Sausa-Theater. Am morgigen Sonntag gastiert noch einmal das Ensemble des Hamburger Volkstheaterhauses. Zur Aufführung gelangt das beliebte Volksstück „Ein Hamburger Kind.“

Stadthalletheater. Man schreibt uns: Die morgige Doppel-Vorstellung wird sicher rege Beteiligung finden; gelangen doch zwei größere Stücke zur Darstellung, die beide dauernde Erfolge zu verzeichnen haben und in dieser Zusammenstellung nicht wieder geboten werden können. Der Beginn ist schon auf 6 Uhr angelegt; die Preise sind nicht erhöht. Montag wird letztmalig „Lokomotivführer Claussen“ wiederholt und am Dienstag geht schon wieder eine Neuheit: „Der Wajunger Krieg“ von Anton Dorn, in Szene. Die Spielleitung liegt in den Händen des Herrn Ludw. Widmann.

I. O. G. T. Wie aus dem Inseratenteil der heutigen Nummer ersichtlich, halten die vereinigten Lübecker Outtemplerlogen des J. D. G. T. am kommenden Sonntag (den 5. Juli) ihr diesjähriges Sommerfest im Colosseum ab. Durch Aufstellung eines sehr reichhaltigen Programms hat sich der Festauschuß bemüht, allen Teilnehmern einen genügenden Tag zu verschaffen.

Naturheilverein. Die am 25. d. Mts. im Park für Gesundheitspflege und Naturheilkunde abgehaltene Versammlung beschloß auf dem Antrag des Karls Hof einen neuen Tiefwasserbrunnen bohren zu lassen und zur Deckung der Kosten von den Mitgliedern einen mäßigen geringen Beitrag zu erheben. Am 27. d. Mts. findet auf dem Spielplatz ein Spielfest, und am 28. d. Mts. ein Ausflug nach der herrlich gelegenen Halbinsel Ragenburg statt. Zu letzterem sind Sonntagsgastarbeiter eingeladen zu werden.

Katekau. Achtung, Parteigenossen! In der Versammlung des Sozialdemokratischen Vereines findet am Sonntag den 28. d. Mts., abends 8 Uhr, in der Gastwirtschaft der Witwe Kopp statt. Da die Tagesordnung eine wichtige ist, wird das Erscheinen aller Genossen erwartet. — Ausflügler! Berücksichtigt bei Ausflügen nach hier das Lokal der Witwe Kopp. Dasselbe stellt ihr Lokal der Arbeiterschaft zu Versammlungen zur Verfügung, verdient also auch unsere Unterstützung.

Enten. Töblich verunglückt ist ein Hausknecht, der im Krummsee ein Pferd zur Tränke führte; er geriet in eine tiefe Stelle und fand den Tod des Ertrinkens. Auch das Pferd ertrank.

Altona. Ein reicher „Armer.“ In der „Herberge zur Heimat“ in Altona erschien dieser Tage ein etwa 82-jähriger Fremder, der sich Mathias Menslahn nannte und um ein Nachtquartier bat. Er erzählte, er komme direkt aus Australien und wolle auf der Insel Fehmarn Verwandte besuchen, die er seit dreißig Jahren nicht gesehen habe. Der Greis sprach auch die Absicht aus, daß er, sobald er sich von der Seereise erholt habe, zu Fuß dahin wandern müsse, da er nur über geringe Vorräte verfüge. In der darauffolgenden Nacht wurde der alte Mann vom Schlafe getroffen und starb auf der Stelle. Als die Leiche in der Leichenhalle entkleidet wurde, fand man im Zeug eingeknäht eine Summe von etwa 75000 Mark in Gold und Banknoten. Das Geld hat der „Arme“ sich wahrscheinlich als Goldgräber in Australien erworben. Die Polizei beschlagnahmte die 75000 Mk. und wird nach den berechtigten Erben des Verstorbenen Nachforschungen anstellen lassen.

Neumünster. Terrorkismus. Die bürgerliche Presse schäumt von stücker Entrüstung über den Terrorkismus, den die Sozialdemokratie bei der Landtagswahl ausgeübt habe. Wir empfehlen ihr folgendes zur Beachtung: Die Eisenbahnarbeiter haben in der größten Mehrzahl, soweit sie von ihrem Wahlrecht Gebrauch gemacht haben, nationalliberal wählen müssen. Ein Bahnarbeiter, der seine Überzeugung bei der Wahl frei und frank zum Ausdruck gebracht und sozialdemokratisch gewählt hat, erhielt seine Entlassung. Er wurde am Morgen nach der Wahl zum Bahnmeister Wiegand ins Bureau gerufen, wo er mit den Worten angedrückt wurde: „Na, Sie sind ja Sozialist!“ Der Arbeiter bejahte dies. „Solche Leute dürfen wir an der Bahn nicht beschäftigen“, meinte der Bahnmeister. Der Arbeiter gab dem Herrn die richtige Antwort: „Sie wählen, wen Sie wollen, und ich wähle, wen ich will. Im übrigen bin ich mit der Bahn nicht verheiratet, geben Sie mir meine Papiere!“ Es wäre zu wünschen, daß alle Arbeiter ein solches Rückgrat besäßen.

Kiel. Genosse Herrn Herbst, der langjährige Kassierer des Wahlkreises, ist in der verflochtenen Nacht plötzlich gestorben. Durch Einatmen von Leuchtgas hat er seinem Leben selbst ein Ende bereitet. Der erst kürzlich erfolgte Tod seiner Ehefrau, sowie auch geschäftliche Mißbilligkeiten haben ihn ansehend zu der bedauerlichen Tat veranlaßt. Seinen Posten als Kassierer hatte der Verstorbene schon vor Monatsfrist abgegeben. Ausdrücklich sei hervorgehoben, daß der Verstorbene irgendwelche Verbindlichkeiten der Partei gegenüber nicht mehr hatte. — Mit Mann und Maus untergegangen. Aus Kiel wird berichtet: Das Segelschiff „Aktiv“ ist auf Moeen gestrandet und untergegangen. Die Besatzung flüchtete in das Schiffsboot und suchte die Küste zu erreichen. Die Sturzwelle spülte aber alle Schiffbrüchigen über Bord; alle ertranken.

Sonderburg. Beim Baden ertrunken ist nach der „Sonderb. Ztg.“ der Matrose Rahnefeld aus Lichtenberg (Braunschweig) von der Schiffsartillerieschule. Er war mit einigen Kameraden in einem Boot auf die Rede hinausgefahren und dabei hatten die jungen Leute ein Bad genommen. Als sie ins Boot zurückkehrten, vermischten sie Rahnefeld. Sie suchten sofort nach ihm, konnten ihn aber nur als Leiche bergen.

Gütrow. Ein Großfeuer zerstörte in der Nacht zum Freitag das ganze Anwesen des Erbpächters Trost in dem benachbarten Dorfe Recknig. Bald nach Mitternacht ging das Feuer in den Zimmerräumen des Wohnhauses, wobei die Küche gebrannt ist. Da die Gebäude mit weicher Bedachung versehen waren und Hilfe nicht gleich zur Stelle war, so wurden rasch sämtliche Baulichkeiten, Scheunen und Ställe, vom Feuer ergriffen und total vernichtet. Von dem in den Ställen befindlichen Vieh konnten nur die Pferde gerettet werden, alles übrige ist mitverbrannt, u. a. 30 Kühe, 20 Schweine usw.

Osternburg. Ein oldenburgischer Minister-Konflikt. Zu einem Konflikt innerhalb des Großherzoglichen Staatsministeriums hat die Neubestellung des Postens des Regierungspäsidenten in Gütrow geführt. Das seither von Herrn von Büttel verwaltete Staatsamt ist dem Oberregierungsrat Gramberg übertragen worden, während der Geh. Oberregierungsrat Dr. Driever nach einer Erklärung des Staatsministers Willich wegen der Art, wie er seine (katholische) Konfession im Ministerium betätigt habe, übergangen wurde. Die Angelegenheit ist jetzt ruchbar geworden und wird voraussichtlich zu einer Ministerkrise führen. Die oldenburgische Zentrums-Presse ist empört darüber, daß Driever deshalb, weil er ein „schroffer“ Katholik sei, von dem Staatsamt ausgeschlossen wurde, und erklärt, die Katholiken in ihrer Gesamtheit fühlten sich bitter gekränkt, indem sie in einer solchen Tatsache den Beweis dafür erblickten, daß man sie in gewisser Weise als Staatsbürger zweiter Klasse betrachte. Sie kündigt an, daß die Abgeordneten des Ministerlandes (Zentrum) im nächsten Landtage dem Minister Gelegenheit bieten würden, das Verfahren der Regierung in breiter Öffentlichkeit zu vertreten. — Vermutlich wird das oldenburgische Ländchen diesen tiefer-schütternden Konflikt ertragen können, ohne daß eine Revolution entsteht.

Osternburg. Beim Baden ertrunken. Der 7-jährige Sohn des Eisenbahnbeamten Döwe in Osternburg ist Mittwoch nachmittag in dem Kanal hinter der Osternburger Schule an der Cloppenburgstraße ertrunken. Er geriet, da er des Schwimmens noch unfähig war, infolge der starken Strömung in eine tiefe Stelle.

Schiffsnachrichten.

D. „Theodor“ ist Donnerstag abend von Kotta auf hier abgedampft.

D. „Porthan“ ist Freitag morgen von Hango auf hier abgedampft.

D. „Eibe“ ist Freitag in Kronstadt angekommen.

Verantwortlicher Redakteur: Paul Löwig.
Verleger: Th. Schenck. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtliche in Lübeck.

Sommer-Ausverkauf.

Die Preise sind ganz bedeutend herabgesetzt, teilweise bis zur Hälfte.

Grosse Posten Herren-Garderoben

ca. 800 Herren-Anzüge

Wert bis	14.00	19.00	29.00	34.00	44.00
jetzt	9 ⁰⁰	12 ⁵⁰	18 ⁰⁰	23 ⁵⁰	29 ⁰⁰ Mk.

ca. 400 Herren-Paletots

Wert bis	16.75	24.50	29.00	38.00	42.00
jetzt	10 ⁰⁰	16 ⁰⁰	19 ⁰⁰	24 ⁰⁰	28 ⁰⁰ Mk.

ca. 1200 Herren-Hosen

Wert bis	2.50	3.90	4.50	6.75	9.50
jetzt	1 ⁵⁰	2 ⁷⁵	3 ²⁵	4 ⁵⁰	6 ⁰⁰ Mk.

Ein Posten Herren-Krawatten

für Stehkragen und Stehumlegkragen, alle Formen

Serie I II III IV V

Wert bis 2.50 Mk.
zum Aussuchen

jetzt 25 Pf. 35 Pf. 50 Pf. 75 Pf. 95 Pf.

Grosse Posten Knaben-Garderoben

ca. 600 Knaben-Anzüge

Wert bis	3.50	5.50	8.50	9.75	14.75
jetzt	2 ⁰⁰	3 ⁵⁰	5 ⁰⁰	6 ⁷⁵	9 ⁵⁰ Mk.

ca. 250 Kittel-Anzüge

Wert bis	2.95	4.25	6.75	8.75	11.00
jetzt	1 ⁹⁰	2 ⁸⁰	4 ⁸⁰	5 ⁵⁰	6 ⁷⁵ Mk.

ca. 3000 Knaben-Blusen

Wert bis	1.10	1.60	2.75	3.50	5.00
jetzt	65 Pfg.	95 Pfg.	1 ⁶⁰	2 ⁴⁰	3 ²⁵ Mk.

Ein Posten Herren-Kragen moderne Form Wert b. 80 Pf. jetzt Stück 25 Pf.

Ein Posten Herr.-Manschetten Wert b. 80 Pf. jetzt Paar 58 Pf.

Ein Posten Fb. Serviteurs Percal u. Zephir Wert bis 85 Pf. jetzt Stück 55 Pf.

Grosse Posten Schuhwaren

Ein Posten Herren-Schnürstiefel Wicksleder, genagelt jetzt 4²⁵ Mk.

Ein Posten Herren-Zugstiefel Wicksleder, genagelt jetzt 4²⁵ Mk.

Ein Posten Herren-Schnürstiefel Boxcalf und Rindbox . . Wert 10.50 Mk. jetzt 8⁴⁰ Mk.

Ein Posten Herren-Schnürstiefel Boxcalf Original-Goodyear-Welt Wert 16.50 Mk. jetzt 12⁵⁰ Mk.

Ein Posten Rossleder-Kinderstiefel genähte Sohle

Wert 4.00 Mk. Gr. 25-26 jetzt 3²⁰ Mk. Wert 4.75 Mk. Gr. 27-30 jetzt 3⁸⁰ Mk. Wert 5.50 Mk. Gr. 31-35 jetzt 4⁴⁰ Mk.

Ein Posten Damen-Schnürstiefel Chevreaux Größe 36-38 . . Wert 8.50 Mk. jetzt 5⁹⁰ Mk.

Ein Posten Damen-Schnürstiefel Boxcalf Original-Goodyear-Welt Wert 10.50 Mk. jetzt 8⁴⁰ Mk.

Ein Posten Braune Damenstiefel Schnürstiefel mit u. ohne Lackkappe Wert 10.50 Mk. jetzt 8⁴⁰ Mk.

Ein Posten Damen-Leder-Hausschuhe jetzt 1⁹⁵ Mk.

Ein Posten Boxcalf-Kinderstiefel Schnür- u. Knopf-

Wert 4.50 Mk. Gr. 25-26 jetzt 3⁶⁰ Mk. Wert 6.00 Mk. Gr. 27-30 jetzt 4⁸⁰ Mk. Wert 7.00 Mk. Gr. 31-35 jetzt 5⁶⁰ Mk.

Rudolph Karstadt, Lübeck.

6. Deutscher Gewerkschafts-Kongress.

(Unberechtigter Nachdruck verboten.)

C. B. Hamburg, 26. Juni.

4. Verhandlungstag. (Nachmittags-Sitzung.)

Nach Wiederaufnahme der Sitzung wird die Debatte über das Verhältnis von

Gewerkschaften und Genossenschaften

fortgesetzt.
Legien: Ich kann die Darstellung Josephsons nicht als richtig anerkennen, als hätten die Konsumvereine eine besondere Verpflichtung gegen uns. Wir unterstützen sie, weil wir sie für nützlich halten, eine besondere Pflicht daraus haben sie nicht. Bisher bestand zwischen Gewerkschaften und Genossenschaften ein freundschaftliches Verhältnis. Da erweckte der Düsseldorf Genossenschaftstag in Gewerkschafts-Kreisen die Befürchtung, als solle es mit der vorbildlichen Ausgestaltung der Arbeitsverhältnisse plötzlich anders werden. Daß diese Auffassung falsch ist, hat nun der Eisenacher Genossenschaftstag erklärt. Der Zufall ist von geringer Bedeutung. Wir protestieren nur dagegen, daß man überhaupt einseitig Zusätze macht. Praktisch halte ich das für unrichtig, solange noch die Genossenschaften allgemein bessere Arbeitsverhältnisse haben als die Privatbetriebe und solange sie noch wie in Eisenach den Willen zum Ausdruck bringen, vorbildlich zu sein. Eigentlich sollte das Verhältnis zwischen Gewerkschaften und Genossenschaften so sein, daß eine besondere Sympathieerklärung gar nicht nötig wäre. Die Konsumvereine sind der Arbeiterschaft nützlich, und deshalb müssen wir sie unterstützen. Die Verhandlungen werden wir natürlich weiterführen, dazu bedarf es keines besonderen Antrages. Zwischen Gewerkschaften und Genossenschaften sind keine Gegensätze vorhanden. Beide dienen gleichmäßig der Arbeiterbewegung. (Beifall.)

Glückmer-Berlin (Schneider): Wenn die Gewerkschafts-genossen vollständig in die Genossenschaften eintraten und dort mitarbeiteten, hätten sie nach der demokratischen Organisation der Konsumvereine einen viel wirksameren Einfluß als irgendwelche Beschlüsse des Gewerkschaftskongresses. Denn nicht nur die Beamten der Konsumvereine widersprechen sich den Gewerkschaftsforderungen, sondern auch die unbesoldeten Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder. Die Gewerkschaften haben die Macht und die Pflicht, das zu ändern.

Giebel-Berlin (Bureauangestellter) bittet, bei der Beschlußfassung nach außen hin keinesfalls den Schein der Einmütigkeit gegen die Genossenschaften zu erwecken. Nachdem die Genossenschaften jahrelang gerade durch die Gewerkschaften propagiert worden sind, würde das einen peinlichen Zwiespalt hervorrufen. Die Beschlüsse des Genossenschaftstages haben unserer Erfahrung nach keinen großen praktischen Wert. Gleichwohl müssen wir natürlich die einseitige Beschlußfassung und willkürliche Änderung des Genossenschaftstages entschieden zurückweisen.

Arnold-Hamburg (Zigarrenfortierer): Die Zusätze des Genossenschaftstages sind natürlich auch für uns unannehmbar; im übrigen aber freue ich mich, daß die Mißverständnisse beseitigt worden sind.

Dohnel-Leipzig (Lagerhalter): Der Konsumvereinstag ist ganz allein schuld daran, daß diese ausführliche Debatte hier wieder entfacht worden ist, die ihr gewiß nicht nützt. Aber der engherzige Dividendenstandpunkt geht nicht von Sachsen, sondern von Hamburg, vom Vorstande aus. Wir wollen deshalb nicht gleich der Genossenschaft Knüttel zwischen die Beine werfen, aber die einseitige Hinzufügung müssen auch wir entschieden verurteilen.

Josephson-Hamburg (Handlungsgehilfe): Ich habe nicht verlangt, daß wir gegen die Genossenschaften Stellung nehmen sollen. Aber wenn die Genossenschaften zu nichts verpflichtet sind, sind auch wir frei. Unsere Gewerkschaft hält sich an den Kölner Beschluß nicht gebunden, solange die Genossenschaften nicht die darin enthaltenen Verpflichtungen gegen ihre Angestellten erfüllen.

Damit schließt die Debatte. Die Abmachungen der Generalkommission mit den Genossenschaften werden gegen 5 Stimmen angenommen. Abgelehnt wird der Antrag Giebel: „Der Gewerkschaftskongress nimmt Kenntnis von dem Beschlusse des Genossenschaftstages in Eisenach und lehnt die an die örtliche tarifliche Regelung der Arbeitsbedingungen gestellten Vorbedingungen als mit den gewerkschaftlichen Grundgrundsätzen unvereinbar ab.“ Hierauf werden die Sympathieerklärungen der Generalkommission und der Antrag Sache mit großer Mehrheit angenommen.

Es folgt die Fortsetzung der Debatte über die Grenzstreitigkeiten.

Die Redaktionskommission legt folgende Erklärung vor: „In Ziffer 1 der Resolution ist festgelegt, daß die Entwicklung sich in der Richtung des Zusammenschlusses der Organisationen zu großen Verbänden vollzieht und daß diese Entwicklung von außen her nicht durch Beschlüsse irgend welcher Art beeinflusst werden soll. Dieser Entwicklung darf aber ebensowenig hindernd in den Weg getreten werden.“

Sind in einem Industriezweig für die gleichen Berufe mehrere Organisationen vorhanden, die der Generalkommission der Gewerkschaften angeschlossen sind, so gelten dieselben in Bezug auf die Gewinnung von Mitgliedern und auf die Führung von Lohnbewegungen als gleichberechtigt. Es empfiehlt sich jedoch, um allen aus solchen gemeinsamen Tätigkeitsgebieten leicht anstehenden Reibungen vorzubeugen, für solche Konkurrenzverbände besonders dringend, sich über alle hierbei in Betracht kommenden Maßnahmen vorher zu verständigen.“

Simon-Nürnberg fügt hinzu, daß die Kommission der Ansicht sei, die Entwicklung bewege sich in der Richtung des Zusammenschlusses zu großen Berufsverbänden, nicht zu Betriebsorganisationen.

Maffatich-Stuttgart (Metallarbeiter): Die Deklaration hat unsere Befürchtungen, die der Absatz 4 der Resolution in uns wachgerufen hatte, zerstreut und wir können jetzt für die Resolution stimmen, wenn vorher die Deklaration angenommen ist.

Sauke (Kupferschmied) findet, daß die Deklaration den Grenzstreitigkeiten wieder Tür und Tor öffne. Behnen Sie die Deklaration ab.

Mohs-Berlin (Gemeindearbeiter): So ist denn herausgekommen, was von vornherein zu merken war: alles eintzig, um den Gemeindearbeitern den Strick zu drehen. Für die Gemeindearbeiter soll wohl weiter nichts übrig bleiben, als die Organisation des Personals der Krankenhäuser.

Zwei Jahre lang haben wir in bestem Einvernehmen mit allen anderen Organisationen unsere Schuldigkeit getan und nun soll das schöne Werk zusammenfallen. Legen Sie doch nicht unserer Organisation Ketten an.

Knohl-Berlin (Steinarbeiter): Die Befürchtung, daß solche Klänge bestehen, ist ganz unbegründet. Damit schließt die Diskussion.

Träger (Brauerarbeiter) zieht seinen Antrag zurück. Die Resolution der Kommission wird in ihren Absätzen 1 und 2 unverändert angenommen, ebenso Absatz 3, nachdem auf Antrag Zillmann seine letzten zwei Absätze wie folgt verändert worden sind: „Arbeiter, die dauernd in zwei Berufen tätig sind, dürfen im Nebenberuf nur dann organisiert werden, wenn sie der Organisation ihres Hauptberufes angehören. Diese Arbeiter haben sich in ihrem Nebenberuf, soweit die Arten und Arbeitsverhältnisse in Betracht kommen, den Beschlüssen der in Frage kommenden Organisationen zu fügen.“

Die Deklaration der Kommission zu Absatz 4 wird mit starker Mehrheit angenommen; ebenso Absatz 4 mit dem Zusatzantrage Knohl. Dagegen wird die in einem Antrage verlangte Einführung obligatorischer Schiedsgerichte für den Fall, daß streitende Organisationen sich nicht einigen können, mit 176 gegen 119 Stimmen abgelehnt.

Die Absätze 5 und 6 werden debattelos angenommen. Der von der Redaktionskommission nachträglich beantragte Zusatz: „Wird ein Mitglied einer Organisation, welches im Auftrag einer anderen Organisationsleitung agitatorisch oder gewerkschaftlich tätig war, wegen dieser Tätigkeit gemahnt oder in ein Strafverfahren verwickelt, so hat diejenige Organisation die Kosten zu tragen, in deren Auftrag es gewirkt hatte“, wird auf Antrag Cohen der Vorstandskonferenz überwiesen.

Mit großer Mehrheit wird schließlich die von der Vorstandskonferenz bereits angenommene Resolution der Handlungsgehilfen bestätigt:

„Die Gründung von Sonderorganisationen für Angestellte oder Arbeiter in Konsumvereinen und Genossenschaftsbetrieben ist prinzipiell zu verwerfen. Die Angestellten und Arbeiter in solchen Betrieben sind vielmehr verpflichtet, dem für ihren Beruf bestehenden Zentralverband anzugehören und dort an dem gewerkschaftlichen Kampf gegen das kapitalistische Unternehmertum zur Verbesserung der Lage der gesamten Berufsgenossen teilzunehmen.“

Die so umgestaltete Resolution soll von der Redaktionskommission zusammengefaßt und dann zur Gesamtstimmung gebracht werden.

Alle übrigen Anträge werden durch die Beschlüsse für erledigt erklärt.

Berichtigung: Die Angabe des gestrigen Berichts, daß Schulz (Zerspannarbeiter) den Antrag Mohs (Gemeindearbeiter) auf Streichung des Absatzes 4 mit unterstützt hätte, ist unrichtig.

Der nächste Gegenstand der Tagesordnung ist: Die Entwicklung der sozialen Gesetzgebung in Deutschland.

Hierzu liegt folgende Resolution vor:

„Durch die technische und kapitalistische Entwicklung wird die Produktivität der Arbeit gesteigert. Um alle Vorteile der Entwicklung auszunutzen zu können, vereinigen sich die Unternehmer in Kartellen, Arbeitgeberverbänden und ähnlichen Organisationen. Die Unternehmerverbände sind Machtfaktoren im wirtschaftlichen und politischen Leben, die den Kapitalprofit steigern, den politischen Einfluß der Unternehmer heben, aber die Arbeiter oft zu modernen Leibeigenen des Kapitals herabdrücken.“

Die Abhängigkeit der Arbeiter vom einzelnen Unternehmer wird gesteigert durch Mißverträge bei Überlassung von Wohnungen, durch Pensionskassen und andere sogenannte Wohlfahrtsvereine, die aus den für Arbeitslohn bestimmten Summen unterhalten werden. Die staatsbürgerlichen Rechte der Arbeiter, Freizügigkeit, Koalitionsrecht usw. werden beschränkt und oft völlig vernichtet durch Verträge der in Unternehmerverbänden organisierten Kapitalisten.

Der große Einfluß der Unternehmerverbände (Zentralverband deutscher Industrieller) auf Gesetzgebung und Verwaltung wird ausgenutzt, um die Ausbeutung und Unterdrückung der Arbeiter zu steigern. Jedes Gesetz sucht der Zentralverband so zu formen, wie es dem Ausbeuterinteresse entspricht.

Dem Beispiele der Unternehmerverbände müssen die organisierten Arbeiter folgen und alle Gesetzesvorlagen darauf prüfen, wie sie für die Arbeiter im allgemeinen und für die einzelnen Berufe im besonderen wirken. Alle Bedenken gegen ganze Gesetze oder einzelne Teile von Gesetzen sowie Verbesserungsvorschläge der Arbeiter müssen in Resolutionen zusammengefaßt und den gesetzgebenden Körperschaften zur Kenntnisnahme unterbreitet werden.

Um bestehende Mißstände zu beseitigen und die Entstehung neuer Mißstände zu verhindern, fordert der Gewerkschaftskongress für alle Personen, die für Lohn oder Gehalt körperliche oder geistige Arbeitskraft in Dienst anderer stellen, ein einheitliches Arbeiterrecht, wodurch das Vertragsverhältnis zwischen Arbeiter und Unternehmer so geregelt wird, daß die Arbeiter vor Überverteilungen geschützt und die staatsbürgerlichen Rechte der Arbeiter gesichert sind; ferner fordert der Gewerkschaftskongress den Erlass von Gesetzen und Verordnungen zum Schutze der Gesundheit der Arbeiter und Einrichtungen, die den Arbeiter vor Versinken in Pauperismus soweit bewahren, als es in der kapitalistischen Gesellschaft möglich ist.

Insbesondere fordert der Kongress:

- I. Zur Sicherung der Rechtsverhältnisse:
 1. Arbeitskammern;
 2. volle Koalitionsfreiheit für alle gegen Lohn oder Gehalt beschäftigten Personen;
 3. genügendes Recht für alle zum Schutze der Arbeiter erlassenen Gesetzesbestimmungen, damit sie nicht durch Verträge aufgehoben werden können;
 4. eine gesetzliche Grundlage für kollektive Arbeitsverträge (Tarifverträge);
 5. Verbot des Trucksystems in allen Formen.
- II. Zum Schutze von Leben und Gesundheit:
 1. Festsetzung eines höchstens 8 Stunden betragenden Normalarbeitstages;
 2. Verbot der Erwerbsarbeit für Kinder unter 14 Jahren;
 3. Verbot der Nacharbeit, außer für solche Arbeiten, die ihrer Natur nach, aus technischen Gründen oder aus

Gründen der öffentlichen Wohlfahrt des Nachts getan werden müssen;

4. eine ununterbrochene Ruhepause von mindestens 30 Stunden für jeden Arbeiter;
5. durchgreifende gewerbliche Hygiene; Erlass von wirksamen Krankheitsverhütungsvorschriften;
6. Unfallverhütung unter Beteiligung der Arbeiter an der Kontrolle.

III. Zur Bewahrung vor Versinken in Pauperismus:

Bereinhaltung und Ausdehnung der Arbeiterversicherung unter der Selbstverwaltung der Versicherten.

- a) Entschädigungsbeträge bei den bestehenden Versicherungszweigen in der Höhe, daß die Kranken, Berunglückten und Invaliden vor Not geschützt sind;
- b) Schaffung einer Mutterchaftsversicherung;
- c) Schaffung einer Arbeitslosenversicherung;
- d) Witwen- und Waisenverforgung.

Der Referent Wolkenbührer führt aus: Es hat Zeiten gegeben, wo man an einen Gegensatz zwischen der Tätigkeit der Sozialgesetzgebung und der der Gewerkschaften glaubte. Aber immer mehr Leute haben erkannt, daß es auch für die Gewerkschaften von Nutzen ist, wenn bestimmte erreichte Forderungen verallgemeinert und festgelegt werden. Die Gewerkschaften sind stets die Pioniere der Sozialpolitik; sie beweisen, daß durchführbar ist, was man für schwierig oder undurchführbar hält. Die Kirche-Dunkerschen und christlichen Gewerkschaften haben sich neuerdings politische Programme gegeben, die allerdings ihre parlamentarischen Vertreter im Freisinn und Zentrum nie eingehalten gewillt waren. Nicht darum handelt es sich bei meinem Antrag. Er nennt nur einzelne Forderungen an die Gesetzgebung, die der aufstrebenden Arbeiterschaft den Kampf erleichtern sollen. Unsere Forderungen sind ja nicht willkürlich; sie sind bestimmt durch die zahllosen und noch immer wachsenden Mißstände, die der Kapitalismus schafft. Er kannte ja in seiner Jugendzeit nur die Beseitigung der Schranken, der gesetzlichen wie der natürlichen. Sich im Konkurrenzkampfe stark zu machen, indem man seine Waren mit der Waffe der Billigkeit ausstattete, war das Ideal der Manchestertheorie, die heute noch bei der Regierung und bei den Fabrikanten mehr Anhänger hat, als die Theoretiker glauben. Jedes die niedrigen Löhne mit der Ausbeutung der Frauen und Kinder zeigte bald auch ihre Schattenseite: das Volk degenerierte. Die Ausbeutungs-Kommissionen waren die Behörden, die die ersten Anfänge des Kinderschutzes forderten und durchsetzten. Und während man dem Unternehmer alle Schranken der Ausbeutung wegräumte, band man die Arbeiterschaft durch Koalitionsverbote aller Art. Eigentlich erst des Sozialdemokraten J. W. v. Schweigers Arbeiter-schutzgesetzentwurf zur Gewerbeordnung von 1869 bedeutet ein umfassendes Sozialprogramm. J. W. v. Schweigers Forderungen, die heute fast selbstverständlich sind, fanden damals nicht genug Unterstüßten, um in die Druckfassen des Reichstages zu kommen; als so utopisch galten sie (Hört, hört!). Damals wurde die Krankenversicherung eine Hauptaufgabe der Gewerkschaften, erst das Hilfskassengesetz von 1876 schränkte diese Aufgabe erheblich ein. Damals griff wiederum die Sozialdemokratie kräftig in die Sozialpolitik ein. In ihren Anträgen aus diesen Jahren findet sich zuerst die Forderung der Arbeitskammern, eine Forderung, mit der jetzt Zentrum und Nationalliberale paradierten. Da geht es ihnen wie dem Bagabunden mit der goldenen Uhr: sie haben sie irgendwo in unserem Besitz gefunden (Heiterkeit und Beifall) und mitgenommen. Um dieselbe Zeit erscheint ja auch der Antrag Graf Galen, das Paradespieldes Zentrums. Kaum einer, der von ihm spricht, kennt seinen Inhalt; er ist mehr denn arbeiterfreundlich jüngerlich und fordert eine Einschränkung der Freizügigkeit. (Hört, hört!) Im Jahre 1876 kam der Umsturz, das Verlassen der liberalen Gesetzgebung und des Freihandels. Als Lohn dieser schweren Lasten verziehende soziale Fürsorge und — hielt es nicht. Schon damals forderte der Vertreter des Kreises, in dem wir tagen, Vebel, im Reichstage ein großes Reichsversicherungsamt zur allgemeinen Versicherung aller Arbeiter gegen Krankheit, Unfall und Alter. Der Gedanke verbreitete sich vor allem auch unter der Einwirkung des Zentralverbandes deutscher Industrieller, dem das alte Aufsichtsgesetz unangenehm war; in der Unfallversicherung am raschesten. In der Krankenversicherung schuf man das kunterbunte Durcheinander von 8 verschiedenen Kassen und überließ, weil die Bureaucratie sich darin nicht auskannte, einen Teil der Selbstverwaltung den Arbeitern. Erst die Selbstverwaltung hat dann die Leistungsfähigkeit der Krankenkassen gesteigert weit über den Mindestrahmen hinaus. Die Unternehmer sind sehr stolz und die Regierung ist es nicht minder auf die 7 1/2 Milliarden, die bisher das Versicherungswesen geleistet hat. Aber einmal machen die Beiträge der Unternehmer dazu nicht einmal 10 Pfennig pro Arbeitstag des industriellen und 4 Pfennig pro Arbeitstag des Landarbeiters aus und — jodam sind das, wie wiederholt gerade vom Regierungstische aus erklärt wurde, nicht Opfer der Unternehmer, sondern nur verauslagte feste Lohnbeiträge. Der internationale Sozialistenkongress zu Paris 1890 mit seiner mächtigen Demonstration für die Sozialpolitik und den achtstündigen Arbeitstag leitete die letzte Periode der Sozialpolitik ein, die an die Februarerlasse anknüpft. Eine ganze Fülle von einzelnen Sozialgesetzen und Verordnungen sollen die Arbeiter der einzelnen Berufe schützen. Aber alle diese Gesetze und Verordnungen blieben auf dem Papier. Sie werden erst durchgeführt, wenn starke Arbeiterorganisationen ihre Durchführung erzwingen. Erst seitdem die Bäcker ihre Organisation ausgebaut haben, ist die Bäckereiverordnung angegangen, durchgeführt zu werden. (Sehr wahr!) Während aller dieser Perioden hat die Regierung es an Rundgebungen ihrer Arbeiterfeindlichkeit nie fehlen lassen. Von dem Kontraktbruchgesetz unmittelbar nach Gewährung des Koalitionsrechts bis zum jüngsten Reichsvereinsgesetz hat die Regierung unter Bismarck, Hohenlohe-Koller, Reiche, Posadowsky und Bethmann-Hollweg nicht ein Jahrfrist vorübergehen lassen ohne ein gefährliches Attentat auf die Freiheit des Koalitionsrechts. Am drastischsten zeigt sich ihre Arbeiterfeindlichkeit in der Behandlung der Staatsarbeiter. Die Arbeiter der Post, der Eisenbahn, der Reichswerften und Gewerfabriken haben kein Koalitionsrecht; angeblich versagt es ihnen der Staat im Interesse der Disziplin, in Wahrheit steht auf ein fiskalisches Interesse dahinter; die Löhne der Staatsarbeiter steigen selbst in diesen Leuzerungszeiten sehr wenig. Als im Reichstage im vorigen Jahre über die Leuzerung verhandelt wurde, da sagte der Finanzminister Frhr. v. Rheinbaben, daß „sicherem Vernehmen nach“ auch die Löhne der Arbeiter

um 10 Proz. gestiegen seien. Die Lohnlisten der 800 000 Staatsarbeiter führte er nicht als Beweis an, dazu war er zu vorsichtig. (Sttt.)

Aber inzwischen hatte sich Deutschlands Industrie mächtig entwickelt. 4900 Aktiengesellschaften sind zurzeit in Deutschland tätig, die elektrische, die Eisen-Industrie und der Bergbau stehen in der Weltproduktion technisch mit an erster Stelle und die landwirtschaftliche Bevölkerung ist an Zahl weit zurückgeblieben. Mit dieser Entwicklung gleichzeitig kamen die Unternehmerverbände in eine überaus rasche Entwicklung, nachdem das Reich ihnen durch die Organisation des Unternehmers in den Berufsgenossenschaften vorgearbeitet hätte. Dadurch stieg auch der politische Einfluß der Unternehmerverbände ständig. Und ihren Haupteinfluß verwendeten sie darauf, den Arbeiterforderungen mit aller Gewalt entgegenzutreten. Was die Gesetzgebung den Arbeitern noch an Rechten ließ, und viel war das nicht, das nahmen ihnen die Unternehmer durch ihre Maßregelungsbüroaus, durch ihre Wohlthaten und durch ihre gelben Gewerkschaften, die meist damit verbunden sind, unbegrenzt wurde der Einfluß des Unternehmertums, als es sich zu Syndikaten und Trusts zusammenschloß. Da erschufen selbst manche wohlmeinende bürgerliche Sozialpolitiker. Der Kapitalismus hatte sich ausgewachsen und machte sie schaudern. Sie hatten das kleine Kästchen so nett gefunden und hatten jezt den alten Kater. Aber diese Trübsalbildung macht die energische Fortführung der Sozialreform zu einer gebieterischen Notwendigkeit. Denn jezt steht der Arbeiter nicht mehr einem persönlichen Unternehmer gegenüber, sondern einer fremden Großbank, die nur den Profit steigern will. Durch sie ist es soweit gekommen, daß der relative Mehrwert in den letzten 10 Jahren rapide gestiegen ist. In der rheinisch-westfälischen Großindustrie ist der Unternehmergewinn höher als der Arbeitslohn. (Hört, hört!) Redner beweist das durch ausführliche statistische Darlegungen. Als Lohn für das friedliche Ertragen des letzten Zollwuchers hat die Regierung der Arbeiterschaft die Witwen- und Waisenversicherung versprochen. Sie wird einen Beitrag von etwa 50 Pf. pro Woche und Kopf der Erwerbstätigen kosten. Aber diese Kosten dürfen nicht schrecken. Wir müssen darüber hinaus die Schwanger- und Mutterschaftsversicherung und die Arbeitslosenversicherung fordern. Versichert werden müssen alle Arbeiter, d. h. alle ohne Ausnahme, die gegen Lohn oder Gehalt bei der Herstellung von Waren beschäftigt sind. An die Spitze unserer Forderungen aber hebe ich die volle Koalitionsfreiheit, die Gründung von Arbeitskammern, die Schaffung einer gesetzlichen Unterlage für die Kollektivverträge und ein einheitliches Arbeiterrecht. Zur Erfüllung dieser und anderer Forderungen muß die Arbeiterschaft selbst unermüdtlich vorwärts drängen. Die Wachsamkeit des Unternehmertums für seine Interessen kann ihr ein Vorbild sein. Was erst nur Reklame war, das soll endlich ernst werden: die Arbeiterschaft soll ihre Kraft einsehen, um sich selbst ein Stück staatlicher Fürsorge zu erobern. (Seh. Beifall.)

Die Diskussion wird auf Freitag vertagt.

Soziales und Parteileben.

Die Antwort des Bundes der technisch-industriellen Beamten. Den Beschluß des Verbandes bayerischer Metallindustrieller gegen Angehörige des Bundes der technisch-industriellen Beamten hat der Vorstand dieses Bundes mit der Ausschreibung einer Extrasteuer in Höhe eines Monatsbeitrages für die Dauer von 3 Monaten beantwortet. Dieser Beschluß wird vom Bundesvorstand damit begründet, daß alle Protestklagen ihre Wirkung verfehlen würden, wenn der Bund nicht gleichzeitig in der Lage sei, jeden leichten Versuch zur Durchführung der in dem Rundschreiben der bayerischen Metallindustriellen ausgesprochenen Drohung im Keime zu ersticken. Die Sonderbeiträge sollen zusammen mit den erheblichen Mitteln, die bereits verfügbar sind, dazu dienen, allen technischen Angestellten, die wegen ihrer Zugehörigkeit zum Bunde ihre Stellung verlieren, eine genügend hohe Unterstützung zu zahlen. Und zwar beträgt diese

Unterstützung, bei der die Dauer der Mitgliedschaft völlig außer Betracht bleibt, für ledige Mitglieder mindestens $\frac{1}{2}$, für verheiratete Mitglieder mindestens $\frac{1}{4}$ des bisherigen Gehaltes; verheirateten Mitgliedern werden außerdem noch für jedes Kind weitere 10 Mk. gezahlt. Die geringste Unterstützung für Gemahregelte beträgt 105 Mk. monatlich oder 3,50 Mk. pro Tag. Diese Beschlüsse zeigen, daß der Bund der technisch-industriellen Beamten nicht gewillt ist, die ihm vom Verbande Bayerischer Metallindustrieller angebotene Sperre ruhig über sich ergehen zu lassen. Der zweite Beschluß, den der Vorstand des Verbandes Bayerischer Metallindustrieller in Sachen der Stellungnahme zu den Organisationsfragen der Angestellten gefaßt hat, wird übrigens vom Bunde nicht als ein Rückzug aufgefaßt, vielmehr ist man in Bundeskreisen der Meinung, daß die in dem Beschlusse in Aussicht genommene Sichtung zwischen den Organisationen der Angestellten dazu führen werde, die Spitze des Angriffes noch mehr als das in dem ersten Beschlusse gefundene war, gegen den Bund der technisch-industriellen Beamten zu führen. Verhandlungen, die am 19. Juni zwischen einem Vorstandsmitglied des Bundes und dem Direktorium der Augsburg-Nürnberg-Maschinenfabrik, auf das der Angriff auf das Koalitionsrecht der Angestellten in erster Linie zurückzuführen ist, liehen nämlich erkennen, daß man im Vorstande des Verbandes Bayerischer Metallindustrieller keine Neigung verspürte, zu erklären, daß die Mitglieder des Bundes unangefochten bleiben werden. Man wird sich also unter Umständen auf einen zähen Kampf gefaßt machen müssen! — Nunmehr kommt aus München die Meldung, daß die Metallindustriellen ihre Berufserklärung zurückgezogen haben. Daß sie sich zu diesem Schritt entschließen mußten, ist in der Hauptsache dem energischen Vorgehen der Sozialdemokratie zu danken.

Aus Nah und Fern.

Revision im Berliner Vatermord-Prozess. Gegen das freisprechende Urteil im Vatermord-Prozess Schwarzenstein wird die öffentliche Anklagebehörde das Rechtsmittel der Revision beim Reichsgericht in Anspruch nehmen.

Wegen Raubmord verurteilt. Das Bromberger Schwurgericht verhandelte an den letzten beiden Tagen gegen den Tischler Johann Szper aus Hohensalza, der am 8. März den Harmonikaspieler Rot ermordete und diesen dann der Harmonika sowie der Uhr nebst Kette beraubte. Die Geschworenen bejahten die Frage nach Totschlag und schwerem Raub. Das Urteil lautete auf 15 Jahre Zuchthaus.

Selbstmord und Picie zweier Bankiers. Die Inhaber des Bankgeschäfts Gebrüder Klopfer, Max und Theodor Klopfer, in München erschossen sich in der Wohnung des letzteren in der Mittwochnacht. Zu dem Selbstmord der Inhaber des Bankgeschäfts Gebrüder Klopfer teilen die „Münchener Neuesten Nachrichten“ mit, daß die Inhaber in einem hinterlassenen Schreiben als Gründe angegeben haben die Schwierigkeit seit der Rückzahlung der Kommanditeinlage der Bayerischen Bank für Handel und Industrie und ihrer Unbeteiligten und zudem die ungünstigen Verhältnisse des Immobilienmarktes, woran die Bankfirma Gebrüder Klopfer stark beteiligt war. Über die Kommanditeinlage der Bayerischen Bank für Handel und Industrie wird von beteiligter Seite mitgeteilt, daß die Beteiligung bereits am 31. Dezember 1901 ihr Ende gefunden habe. Die genannte Bank ist an der Angelegenheit jezt nur beteiligt durch die Diskontierung von Akzepten und Lombardierung von Effekten, wofür Deckung sich in den Händen der Bank befindet. — An der Berliner Börse liegt eine Meldung vor, nach der die Zahlungseinstellung der Münchener Bankfirma Gebrüder Klopfer mit zwei Millionen Mark Passiven erfolgt ist.

Bei einem Großfeuer in Russisch-Krottinge sind etwa 200 Gebäude niedergebrannt. Die Zahl der in den Flammen umgekommenen Personen wird auf sieben angegeben, doch fürchtet man, daß noch mehr

Menschen das Leben eingebüßt haben, da viele Eltern sich auf Arbeit befanden und die Kinder daher ohne Aufsicht waren.

Der Brand von Three Rivers. Ein Feuer in der kanadischen Stadt Three Rivers hat dreihundert Gebäude zerstört. Außer fünf Banken und elf Hotels fiel den Flammen auch die historische Kirche zum Opfer, die im Jahre 1664 gebaut wurde. Von der ganzen Stadt ist nichts übrig geblieben außer den Häusern der armen Bevölkerung, die einen äußeren Ring bildeten. Die Häuser wurden durch die Feuerwehren der benachbarten Stadt und durch die in der Nähe des Ortes liegende Milch gerettet. Der Brand wurde angefaßt durch einen Sturm. Der Verlust wird auf 2 Millionen Dollars geschätzt, wovon etwa 600 000 durch Versicherung gedeckt sind. Die Regierung von Quebec wird der schwerbetroffenen Stadt pekuniäre Hilfe zukommen lassen.

Letzte Nachrichten.

Berlin, 26. Juni. Das Schwurgericht des Landgerichts II verurteilte heute den Händler Max Zander, der beschuldigt wird, die Pennschwester Antonie Gläser auf dem Tempelhofer Felde getötet zu haben, wegen Stillschleppens mit Todeserfolg, Mord, qualifizierter Zuhälterei, schweren Raubes gefährlicher Körperverletzung unter Verletzung mildernber Umstände zu 15 Jahren Zuchthaus und 10 Jahren Ehrverlust und Stellung unter Polizeiaufsicht.

Offen a. d. Ruhr, 26. Juni. Im Schmelzbad der Kruppischen Gußstahlfabrik ließ nachmittags ein Arbeiter durch Unvorsichtigkeit flüssigen Stahl neben den Tiegeln laufen. Durch den umherspritzenden Stahl wurden die übrigen Arbeiter unruhig und ließen ihre Tiegel, zirka acht Stück, fallen, wodurch etwa 20 Arbeiter meist leichtere Verletzungen erlitten.

Köln, 26. Juni. Der seit Montag in Untersuchungshaft befindliche Arbeiter Wilhelm Klosterschäfer aus Köln-Lindenthal hat heute nach eingehendem Verhör eingestanden, am Dienstag nach Pfingsten den neunjährigen Knaben Jakob Hammer aus Lindenthal erdroffelt zu haben.

Brüssel, 26. Juni. Nach einer Meldung der „Wolffsch. Zeitung“ aus Brüssel rannte ein Automobil, in dem sich außer dem Chauffeur und dem Bruder des Abgeordneten Prinz de Craen d'Assembourg und de Willems befanden, gegen einen Baum. Prinz wurde sofort getötet, der Chauffeur und Graf de Willems wurden tödlich verwundet.

Rom, 26. Juni. In Nocera (Provinz Catanzaro) besuchten der Apotheker Larosa und der Advokat Ventura eine befreundete Dame, deren Sohn irrsinnig ist. Als sich die Mutter entfernt hatte, ergriff der Kranke einen Dolch und stürzte auf beide Besucher. Ventura entkam mit einer tiefen Wunde, während Larosa das Opfer des Irrensinnigen wurde. Dieser stieß den Apotheker nieder und schnitt den Leichnam in Stücke.

Bombay, 26. Juni. Auf der Bahnlinie Bombay-Baroda stieß in der Nähe von Baroda ein Schnellzug auf einen Güterzug. Infolge des Zusammenstoßes gerieten mehrere Wagen in Brand. Viele Personen wurden getötet. Die Zahl der Umgekommenen kann jedoch erst festgestellt werden, wenn die Trümmer beiseite geräumt sind.

Chicago, 26. Juni. In den Lagerräumen einer Chemikalienhandlung in Chicago, die sich im Parterre eines Hauses befindet, dessen Obergeschloß als Logierhaus benutzt wird, fand eine Explosion statt, infolge deren Feuer ausbrach. Fünf Personen wurden getötet, 20 verletzt.

Verantwortlicher Redakteur: Paul Löwig.
Verleger: L. H. Schmarh. Druck: Friedr. Meyer u. Co. Sämtlich in Lübeck.

Komitee- u. Kommissions-Sitzungen

7. Distrikt.
Versammlung am Montag, den 29. Juni, abends 8 1/2 Uhr bei Lorenzen, Margarethenstraße 9.

11. Distrikt.
Versammlung am Mittwoch, 1. Juli 1908, abends 8 1/2 Uhr im Vereinshaus, Johannisstraße 50-52.

Logis zu vermieten.
Friedenstraße 17, I.

Ein Logis zu vermieten.
Fischerstraße 13, part.

Zum 1. Oktober
Zweistuben-Wohnung zu vermieten.
H. Warkentin, Vorwerk bei Lübeck.
Zu vermieten zum 1. Oktober 2 Dreizimmer-Wohnungen, eine mit Stallung u. Einfahrt, in der Nähe des Schlachthaus. Angebote unter **W W 3** an die Exped. d. Bl.

Zu verm. ein großes heizbares Zimmer mit Feuerungsgebläse. Dortelst 16 a Logis. Lindenstraße 17 a, I r.

Gez. 1. Okt. abgeschl. Dreizimmerwohn. vorn Ostentor-Süd im Preise bis 240 Mk. Ang. u. D 33 an die Exped. d. Bl.

Wohnpaar sucht zum 1. Oktober Zweistuben-Wohnung. Gef. Off. mit Preisangabe unt. **S 50** an die Exped. d. Bl.

Züchtige Anlegerinnen für meine Tabakfabrik.
August Faasch, Johannisstraße 43.

Ein junger Mann sucht eine Stelle als Kellner zum Volksfest. Großer Kiebau 10.

Zu verkaufen: große und kleine **Gramp-Blanca**.
Johannisstr. 56.

Starkes Fahrrad zu verk.
Gleiwitzstraße 9.

1 Kinderbettstelle m. Matratze zu verkaufen.
Königsstraße 28.
Wegen Einstellung des Fahrers ein Fahrrad für 20 Mark zu verkaufen.
Werderstraße 20 I (Burgtor.)

Ein gut erhaltenes Fahrrad zu verkaufen.
Proceßstraße 18, I.
Zu verkaufen: Kommode, Waschtisch, Petroleummaschine, Kleiderständer usw.
Näheres Segebergstr. 7, II. Et.

Ein neues ladiertes Vertikow billig zu verkaufen.
Augustenstr. 3, Hinterhaus, part.

Zu verkaufen ein zweirädriger Sandtwagen und 2 Räder zum Segelboot.
Reiferstraße 50a.

Billig zu verk.: 1 starke hölzerne Karre, kleiner vierrädr. Wagen, Schießkarte, Kutschuhr, Schwarzdrossel, Phonographen-Walzen, Krähenspr. 7, part. I.

Ein Fahrrad, Freilauf u. Rücktrittsbremse, billig zu verk.
Lützowstraße 20.

Neue Fahrräder sowie ein Posten Mäntel und Schläuche sehr preiswert zu verkaufen. Alte Räder nehme in Zahlung.
Wakenitzmaner 5.

Ein Drahtgitter und eiserne Pfähle, ca. 15 Meter lang billig zu verkaufen.
David, Feldstraße 2, Mühlenort.

Küfen, mit oder ohne Glucke zu verkaufen.
Glozinstraße 17.

Berlora eine Brosche mit ihrem Bild.
Abzugeben Kerkringstraße 46 a, I.

Die Beleidigung, die ich geg. Herrn Apen ausgesprochen haben soll nehme ich zurück.
D. Schäfer.

Arztlicher Sonntagsdienst
am 28. Juni 1908.
Dr. Ziehl
Dr. Thiele
Dr. Schmeer.

Maurerarbeiten
werden gut und billig ausgeführt
Hitzstraße 122.

Empfehle meinen
Rasier- und Haarschneide-Salon.
Saubere Bedienung.
H. Ehlers,
Engelstraße 70.

Herren-Sohlen und Absätze . . . 2,70 Mk.
Damen-Sohlen und Absätze . . . 1,80 Mk.
Kinder-Sohlen und Absätze von 1,00 Mk. an.
J. Voß, Hitzstraße 90.

Zentral-Speise-Halle
Hützstraße 61.

Mittagessen 50 und 55 Pf.
Abonnement 3.— und 3,50 Mk.
Abendessen 85 und 40 Pf.

Eine Partie Fettheringe
Chr. Piehl, Greveradenstr.
Habe noch einen großen Vorrat gesunde **Futterkartoffeln** sehr billig abzugeben, ebenfalls noch gesunde **Magnum bonum Speisekartoffeln.**
C. Heese, L. Jacobsen Nachf.
Meierstr. 26. — Fernspr. 1440.

Täglich frisch gepflückte **Erdbeeren** große ausgezogene Früchte, empfiehlt zu billigsten Tagespreisen.
Beste Bezugsquelle für Obst u. Gemüse.
C. Heese, L. Jacobsen Nachf.
Meierstrasse 26.

Heute in der Markthalle:
Pa. ig. Fleisch sowie dicke **Blomen**

Herm. Dose,
Raßschlachtereie mit elektr. Betrieb.
Gundestraße 62.

Es ist Tatsache, daß ich die meisten **Verlobungs-Ringe** an meine Arbeiter-Kundschaft verkaufe.
G. Creutzfeldt, Goldschmied, Sandstr. 4.

Willy Koch,
Zahntechniker,
Lubeck, Holstenstr. 21.

Nur bis
30. Juni!
Ausverkauf
wegen
Geschäftsveränderung
in
Messern, Jagdsachen, Waffen.
Diedrich Tesschau
27 Lübeck, Breitenstraße 27.

Im Verlage der Buchhandlung „Vorwärts“, Berlin, erschien (sehen):
Frauenleiden und deren Verhütung.
Recht einem Anhang:
Die Verhütung der Schwangerschaft.
Von Dr. J. Zadek.
Preis 20 Pf.
Zu beziehen durch die
Buchhandlung Friedr. Meyer & Co.

Junge hiesige Kartoffeln
2 Pfund 25 Pfennig.
H. Matjesheringe.
J. Peters, Dornestr. 32a.

Jetzt beste Zeit
zur Einkahme des Winterbedarfs in
Brennmaterialien.
Für alle Sorten gelten
billigste Sommerpreise.
Lieferung von nur garantiert erstklassigen Qualitäten.
Kontor
Fischergrube 4. **Christian Gäde** Fernspr. 242.
NB. Koksries große Quantitäten vorrätig, äusserst billig.

**Der Total-Ausverkauf meines
Uhren- und Goldwaren-Lagers**
wird jetzt im Hause **Holstenstrasse 13-15** (Eckhaus Vittur)
fortgesetzt.
Ich gebe auf die sichtbaren Preise **25 bis 50 Proz. Rabatt.**
Sämtliche Waren sind wie bekannt vorzüglicher Qualität und wird für gutes Gehen der
Uhren 2 Jahre Garantie geleistet.
Rich. Stein, Uhrmacher, Lübeck.

Preussische Lose
Ziehung 1. Klasse v. n. 8. Juli 1908
Mit 4.- 5.- 10.- 20.- 40.-
sind bei mir zu haben.
Lübeck, Johannisstr. 10.
Telephon 58.
Für meine Kunden bleiben die bisher gespielten Los-
nummern bis zum 8. Juli reserviert.
Falck.

Einen Rüssel bekommen Sie

sicher nicht, wenn Sie ein Paket Beilchen-Seifen-
pulver „Goldperle“ kaufen, die hübsche Geschen-
kbeilage wird allerseits Freude machen. Achten Sie
auf den Namen „Goldperle“.
Fabrikant: Carl Gentner, Göppingen.

Goldene u. silb. Uhren
gut und billig.
L. S. Baruch Juweliergeschäft
Hauptstrasse 25.
Adolf Hübner Uhrmacher u. Gold-
arbeit, Finkenhaus 13.
Eine gute Bezugsquelle bester Sorten neuer
Matjesheringe in Gebinden jeder Größe und
in Dosen von 10, 20 oder 40 Stück, neuer
Kartoffeln in Kisten und Anbruch, allerfeinster
Herbstfangfeitheringe ist die Heringsgroß-
handlung von
H. L. Wiegels, vorm. J. C. Bunge,
Lübeck, Süßgraben. — Begr. 1825.
NB. Wer einen guten haltbaren Hering führen
muß, nehme Feitheringe im Herbst gefangen.


**St. Lorenz erstes u. ältestes
Motor-
und Fahrradhaus
H. Benthien**
Fackenburger Allee 53.
Grösste Reparaturwerkstatt.
Eigene Vernickelungs-
und Emailier-Anstalt.
Vertreter der **Claes Pfeil** und
Naumanns Germania-Fahrräder.

Travestrand Moisling.
Am Sonntag, den 28. Juni und
Sonntag, den 5. Juli
Grosses Sommerfest
(Schlehobuden.)
Nachmittags 4 Uhr:
Eintritt frei. Eintritt frei.
Grosses Garten-Konzert
mit nachfolgendem Ball.
Um 9 Uhr: Große Laternen-Kolonade.
Illumination des ganzen Gartens.
Am 9 1/2 Uhr: Großes Brillant-Feuerwerk.
Septes Motorboot 11 Uhr abends ab
Moislinger Brücke.
Joh. Schiering.

Ueber die Erzeugnisse der **Fahrenkruger Brot-
fabrik G. m. b. H., vorm. Th. Severin,**
in **Fahrenkrug in Holstein**
hat das Gewerkschaftskartell in Segeberg in seiner Sitzung vom 9. Juni
den Boykott beschlossen.
Wir wenden uns nun an die organisierte Arbeiterschaft der Provinz Schleswig-
Holstein, sowie von Hamburg und Lübeck, die Erzeugnisse dieser
**Fabrik an Brot und Zwieback bis auf weiteres nicht
zu konsumieren.**
Verband der Bäcker, Konditoren u. verw. Berufsgen. Deutschl.
(Zahlstelle Segeberg.)

Befangverein „Eintracht“
Ausflug mit Musik nach Waldhusen
am Sonntag, den 5. Juli 1908.
Sammelpunkt 1 1/4 Uhr am Bahnhof. Abfahrt mittags 1.37 Uhr.
Fahrpreis für Mitglieder 55 Pfg., Nichtmitglieder 80 Pfg. à Person.
Karten für Mitglieder sind nur beim Boten H. Hühmoller, Wahnstraße 85
oder Freitag, den 3. und Sonnabend, den 4. Juli, abends 8 1/2 Uhr im Vereinshaus,
Karten für Nichtmitglieder sind bei C. Wittfoot, Süßgraben 18 oder im Vereinshaus
zu haben.
Der Vorstand.

Konzerthaus Friedrichshof.
Heute Sonntag: Großer Tanz.
Eintritt frei. Anfang 5 Uhr. Ende 12 Uhr. Eintritt frei.
Wilhelmtheater.
Heute Sonntag: KONZERT mit Tanzkränzchen.
Anfang 8 Uhr. — Angenehmer Familienausgang. — Eintritt frei.

**Mobilienhandlung von
Frieda Mohrmann, Johannisstr. 23, I.**
Eigene Polsterwerkstätten. Tüchtige Tapezierer.
Innendekoration. Glatte Ausführung aller Aufträge!
Prima Referenzen! Erstklassige Geschäftsverbindungen.
Stauend billige Preise.
Meine Spezialität:
Polstermöbel in tadelloser Ausführung.
Salon-, Plüsch-, Taschen-, Moquette-, Umbau- und Bordgarnituren
in jedem gewünschten Stoff, jeder Farbe und Ausführung. Schlafstuben-
einrichtungen in jeder Holzart, echt und lackiert.
Büffets, Schreibtische, Salonschränke, Vertikows, Tische, Ausziehtische, Stühle, Lagers-
möbel, einzelne Bettstellen, Spiralmatratzen, Sprungfedermatratzen, Auflegematratzen
in jeder Größe, Kleiderschränke, Waschtische, große und kleine Spiegel mit geschliffenem
Glas, Küchenbüfett, Schränke, Küchentische, Stühle, Trittschuhle.
Prompte Lieferung ganzer Hausstände und Ausstauern in jeder Preislage.
Kostenanschläge gratis!
Jedes Brautpaar muß sich durch Frauenscheinnahme überzeugen!

Persil
das beste existierende Waschmittel, dessen
enorme Wasch- und Bleichkraft das höchste Ent-
zücken der Hausfrauen hervorruft. Weil seine
wunderbare Wirkung scheinbar unerklärlich, fürchten
manche Hausfrauen, daß Persil der
Wäsche
schädlich sei, aber viele Tausende von Hausfrauen
haben sich durch fortgesetzten Gebrauch
von der absoluten Unschädlichkeit dieses
einzig dastehenden Waschmittels überzeugt und sind
sogar zu der Einsicht gekommen, daß Persil die
Wäsche schont. Überzeugen Sie sich gleichfalls!
Alleinige Fabrikanten:
Henkel & Co., Düsseldorf
auch der weltbekannten Henkels Bleich-Soda.

**Zahn-Atelier
Karl Seeler**
Breitestr. 85/87 I (Ecke Huxstr.)

**Carl Folkers
Möbel-Magazin**
25 Marlesgrube 25.
Vollständige Wohnungseinrichtungen.
Selbstgefertigte Arbeiten.
Grösste Auswahl.
Billigste Preise.
Weitgehendste Garantie.
Zimmer-Einrichtungen stets vorrätig.
Lieferung frei Haus
auf eigenem Möbelwagen.
Zahlung gestattet.
Bei Verzögerung Rabatt.
Gebe rote Lubeca-Marken.


Gelegenheitslauf!
1 Posten neue u. ge-
brauchte Fahrräder
zu äußerst billigen Preisen.
1 Posten neue Trittnähmaschinen
mit 5-jähriger Garantie zu Fabrikpreisen.
O. Dortmund
Schwartauer Allee 99.

**Zentral-Verband aller in der
Schmiederei beschäft. Personen.**
(Zahlstelle Lübeck).
**Mitglieder-
Versammlung**
am Sonnabend, 27. Juni,
abends 8 1/2 Uhr
im Vereinshaus, Johannisstrasse 50-52.
Tages-Ordnung:
1. Kartellbericht.
2. Wahl eines Gauvorstands-Beisitzers.
3. Bewilligung von Geldern aus der Lokal-
kasse.
4. Vereinsangelegenheiten.
Die Ortsverwaltung.
**Verein für Gesundheitspflege
und Naturheilkunde.**
Sonntag, den 28. Juni, nachm. 4 Uhr:
Spießfest in Carlshof.

Heute beginnt unser diesjähriger

Saison-Ausverkauf.

Sämtliche Restbestände unseres Lagers sollen zu ganz bedeutend herabgesetzten Preisen geräumt werden.

Ein grosser Posten

Herren-Anzüge

ganz besonders billig.

Strohhüte

zu jedem annehmbaren Preise.

Beachten Sie unsere vier großen Schaufenster.

Ein grosser Posten

einzelner Knaben-Anzüge

teils für die Hälfte des Werts.

Den Restbestand in

Knaben-Wasch-Blusen und -Hosen mit 20 Prozent Ermäßigung.

Putzbach & Reimers

Spezialhaus für Herren- und Knaben-Bekleidung.

Königstrasse 73, Ecke Huxstrasse.

Königstrasse 73, Ecke Huxstrasse

Holstenhaus

G. m. b. H. Lübeck. Holstenstr. 25—33.

Heute Beginn unseres

Saison - Räumungs - Ausverkaufs.

Der erste seit Begründung des Geschäftshauses!

Beachten Sie unsere Schaufenster-Auslagen!

Alle zur vollständigen Räumung gestellten Waren sind im Preise erheblich herabgesetzt und dadurch kontrollierbar, dass neben den jetzigen die früheren Preise belassen wurden. Ist die Reellität schon durch diese Umstände gewährleistet, so sichern die grossen Preis-Reduktionen ohnehin einen guten billigen Kauf in jeder Beziehung.

Beachten Sie unsere Schaufenster-Auslagen!

Sommer-Ausverkauf.

Große Posten unserer bekannt vorzüglich gearbeiteten

Herren- u. Knaben-Garderobe

gelangen von heute ab wegen bevorstehender Geschäftsvergrößerung durch Hinzunahme des Nachbarhauses zu gewaltig ermäßigten Preisen zum Verkauf.

Herren-Anzüge . . .	Wert 13—17	17—22	22—29	29—34	32—42 Mk.
jetzt	8 ⁰⁰	14 ⁰⁰	19 ⁰⁰	23 ⁰⁰	28 ⁰⁰ Mk.
Herren-Paletots . . .	Wert 12—17	17—21	22—30	32—40	40—48 Mk.
jetzt	9 ⁰⁰	14 ⁰⁰	19 ⁰⁰	24 ⁰⁰	29 ⁰⁰ Mk.
Jünglings-Anzüge . . .	Wert 7—9	11—14	15—19	19—26	27—35 Mk.
jetzt	4 ⁵⁰	8 ⁰⁰	11 ⁰⁰	15 ⁰⁰	20 ⁰⁰ Mk.
Knaben-Anzüge . . .	Wert 3—5	5—8	7—10	10—14	14—18 Mk.
jetzt	2 ⁰⁰	3 ⁵⁰	5 ⁰⁰	7 ⁰⁰	9 ⁰⁰ Mk.
Herren- und Jünglings-Modell-Anzüge	Wert 45.00 bis 70.00 Mk.				
	jetzt 25 ⁰⁰ bis 45 ⁰⁰ Mk.				
Stroh-Hüte	Wert 1.25 bis 4.00 Mk.				
jetzt	25 Pf.	50 Pf.	90 Pf.		
Fantasie-Westen	Wert 2.50 bis 13.50 Mk.				
jetzt	1 ⁰⁰	2 ⁰⁰	3 ⁰⁰	4 ⁰⁰	5 ⁰⁰ Mk.

Große Posten Knaben-Blusen	Wert 1.20 bis 5.50 Mk.		
jetzt	50 Pf.	1 ⁰⁰ Mk.	1 ⁵⁰ Mk. 2 ⁰⁰ Mk.
Große Posten Wasch-Anzüge	Wert 2.25 bis 9.75 Mk.		
jetzt	1 ⁰⁰ Mk.	2 ⁰⁰ Mk.	3 ⁰⁰ Mk. 4 ⁰⁰ Mk.
Große Posten Herren-Beinkleider	Wert 3.00 bis 8.50 Mk.		
jetzt	2 ⁰⁰ Mk.	2 ⁵⁰ Mk.	3 ¹⁰ Mk. 4 ⁰⁰ Mk.

Spille & v. Lühmann

Lübeck.

Grösstes Spezial-Haus am Platze.

Sandstrasse 17.

Die Verdrossenen.

Einen Artikel, der wirklich einmal geschrieben werden mußte, bringt der „Vorwärts“. Nicht wegen der Bedeutung der „Sozialistischen Monatshefte“ an sich, aber wegen der Wirkung, die die Ausschachtung der Produkte ihrer systematisch betriebenen Kamentier- und Raffonierbeschäftigung durch die kapitalistische Presse auf ungenügend informierte Parteigenossen übt, drucken wir den „Vorwärts“-Artikel ab. Er lautet:

Die „Sozialistischen Monatshefte“ bilden seit Jahren eine vergnügliche ausgebeutete Fundgrube unserer Gegner. Nicht eine Nummer dieser Sammelstelle aller Mißvergnügten und Verkannten, aller politischen Breihaften und an bürgerlichem Heimweh Krankenden erscheint, in der nicht in der Haltung der Partei und ihrer offiziellen Organe herumgörgelt und herumgekritzelt wird. Bald sind es die prinzipiellen Lehrlänge des Marxismus, die zum 999. Male genossen und zu leicht befunden werden, bald ist es die Stellungnahme der Partei zu Tagesfragen der Politik, etwa zur Flotten- und Kolonialpolitik, die ihr hochwürdiges Naserimpfen und schulmeisterliche Schelte zuzieht, bald sind es innere Parteifragen, die den verantwortlichen Organen polternde oder spöttische Zurechtweisungen eintragen. Nur selten haben wir von diesen Herzensergießungen schöner Revisionistenfeelen Notiz genommen. Aber es hieß auch die Gutmütigkeit bis zur Verleugung von Parteipflichten treiben, wenn wir dieses saubere Treiben nicht wenigstens ab und zu einmal, bei einem besonders anmutigen Anlasse, kennzeichnen wollten. Die Partei hat ein Interesse daran, zu erfahren, wie es in den Köpfen von Personen aussieht, die nicht nur in der Partei eine gewisse Rolle spielen, sondern die obendrein noch die Rolle einer obersten Partei-Vormundschftsbehörde für sich beanspruchen.

In der soeben erschienenen Nummer der „Sozialistischen Monatshefte“ sind es die Genossen Eduard Bernstein und Joseph Bloch, die um die Wette Partei und Parteiorgane haarbeuteln. Eduard Bernstein hat die Entdeckung gemacht, daß die Wahlerfolge in Berlin neben der Kleinarbeit der Genossen eigentlich ausschließlich der blockgegnerrischen Agitation des „Berliner Tageblatt“, der „Morgenpost“ und der „Volks-Zeitung“ zu danken sind — denn der „Vorwärts“ habe seine Sache spottisch gemacht und sich seiner Aufgabe wieder einmal nicht gewachsen gezeigt. Man höre:

Es widerstrebt mir aus leicht begreiflichen Gründen, am Organ der Partei in Berlin, dem „Vorwärts“, Kritik zu üben. Seine Feststellung kann ich indes nicht umgehen. Wenn sich die Aufgabe des literarischen Führers im Kampf darin erschöpft, in Sprache und Argumenten wahllos nach rechts und links dreinzuschlagen, so wird wohl niemand dem „Vorwärts“ das Zeugnis versagen, daß er dieser Aufgabe nach Menschenmöglichkeit nachgekommen ist. An Kraft der Ausdrücke hat er es nicht fehlen lassen. Dagegen wird die Redaktion, wenn sie die Nummern ihres Blattes aus der Wahlperiode nachträglich druckt, wohl selbst zu der Erkenntnis kommen, daß der Artikel, die die erhebenden Momente des Kampfes hervorheben sollten, der Aufrufe, die geeignet sein konnten, Begeisterung zu erwecken, verhältnismäßig wenig waren. Und noch dürftiger war es um die Aufklärung über die umfassenderen Aufgaben des Kampfes, über die allgemeine politische Situation und die aus ihr sich ergebenden Ziele bestellt. Hierin stand das in der Hauptstadt erscheinende Organ der Partei sehr hinter einer Reihe unserer Provinzialblätter zurück, was es provinzieller als sie. Der Umstand, daß in Berlin der Freisinn der Hauptgegner der

Sozialdemokratie ist, macht es erklärlich, daß der „Vorwärts“ sich vorwiegend mit diesem beschäftigt. Er hätte Tadel verdient, wenn er es nicht getan. Aber darüber durfte die Hervorhebung der Tatsache nicht vernachlässigt werden, daß unser Kampf mit dem Freisinn nur einem Nebenzweck eines viel größeren Unternehmens galt, der Hauptzweck aber in der Zertrümmerung der halbfeudal-plutokratischen Mehrheit bestand, die das preussische Abgeordnetenhaus beherrscht.

Wir wollen uns jedes Wort des Protestes gegen diese lebenswürdige Zensur schenken. Haben wir ja auch nicht protestiert, als am 5. Juni die „Leipziger Volkszeitung“ meinte, daß sich — neben der aufopfernden rastlosen Tätigkeit der Parteiorganisationen — der „Vorwärts“ ein gut Stück des Berliner Wahlerfolges aufs Konto setzen dürfe. Und wenn das Lob, das Bernstein der Provinzpresse spendet, eigentlich nur gewissen Korrespondenzen gilt, mit deren Herausgebern Bernstein innige Seelengemeinschaft verbindet, so merkt man die Absicht und wird nur um so heiterer gestimmt.

Nachdem Bernstein das Zentralorgan der Partei dergestalt abgetan, geht er kecklich aufs ganze: die ganze Politik der Partei während der letzten Jahre war kurzfristig, dilettantisch, unkünstlerisch, ein einziger großer Fehler. Denn die Reaktion siehe ungebrochen. Das sei ja zum Teil Schuld des Freisinns, namentlich der freisinnigen Volkspartei. Trotzdem sei aber auch in Deutschland eine bürgerliche Demokratie möglich. Die Elemente dazu seien da, die Zwischenschichten zwischen Kapital und Arbeit. Dafür aber, daß jene bürgerliche Demokratie, von deren politischen Einfluss sich Bernstein offenbar Wunderdinge verspricht, noch nicht da ist, macht Bernstein die Politik der Sozialdemokratie verantwortlich. Er klagt:

Hat unsere Partei in Wirklichkeit eine Politik? Wir haben eine in ihren Fundamentalgedanken sich haltende gesellschaftliche Entwicklungstheorie. Wir haben ein vorzügliches Programm politischer Grundzüge und Forderungen. Wir haben eine Organisation, die wohl als mustergültig bezeichnet werden kann, und Hunderttausende treiflicher geschulter, jederzeit tatbereiter Kämpfer. Alles das ist gewiß schön und gut. Aber haben wir eine Politik? Haben wir eine Praxis, die, über das bloße Handeln nach den Zeitumständen hinaus, darauf gerichtet ist, die Umstände selber so zu gestalten, wie sie für unser Handeln am günstigsten sind? Nur erst das letztere würde es rechtfertigen, von einer Politik der Partei im vollen Sinne dieses Wortes, wo es den Begriff der Staatskunst einschließt, zu sprechen. Wir sind groß und stark genug geworden, eine Politik zu haben, aber was man in weiten Kreisen der Partei dafür hält, ist meist nicht viel mehr als jene wenig geistige Anstrengung erfordernde Bewegung, die der Engländer dritting nennt, und für die man im Deutschen das Wort wurteln gebildet hat: das selbstbeschauliche Dahinplätschern im Fahrwasser der Ereignisse.

Den Schlüssel zu diesen Verzweiflungsausbrüchen eines durch die unsäglichen Torheiten der Sozialdemokratie gequälten Herzens liefern dann folgende Sätze:

Wir müßten doch lange vorher, daß das Jahr 1908 eine Landtagswahl bringen würde. Und wir wußten auch, daß, wenn die plutokratische und klerikale Landtagsmehrheit gesprengt werden sollten, es beim Dreiklassenwahlsystem nur durch eine Verständigung mit dem Freisinn möglich war. Eine weitblickende Politik hätte danach ihre Sprache und Methoden einrichten müssen. Es fehlt im Lager des Freisinns nicht an Leuten, mit denen unsere Genossen in den gelegentlichen Körpern und Kommunalvertretungen noch auf dem Diskutierfuge stehen, es fehlt in ihm nicht an Leuten, die die Blockpolitik nur mit halbem Herzen mitmachen. Diesen Elementen galt es, Mut einzustößen, ihnen den Rücken zu steifen,

es ihnen möglich zu machen, in der eigenen Partei die Verständigung mit der Sozialdemokratie überzeugend zu verfechten.“

Also das ist des Pudels Kern: Die Sozialdemokratie ist zu wenig glimpflich mit dem Freisinn verfahren. Sie hat seinen politischen Verfall zu schonungslos aufgedeckt, seine Verrätereien zu unhöflich gebrandmarkt! Hätte die Sozialdemokratie sich statt der plumpen deutschen Sprach verbindlicherer Formen bedient, so — hätte es keinen Block gegeben, sondern der Freisinn hätte Schulter an Schulter mit der Sozialdemokratie den preussischen Wahlrechtskampf gegen „Plutokratie und Klerikalismus“ geschlagen.

Es ist, als ob ein Blindgeborener einem Maler einen Vortrag über sein Handwerk halten wollte, es ist — einfach mitleiderregend!

Daß Josef Bloch, der Herausgeber der „Sozialistischen Monatshefte“, gleichwohl zu den Bewunderern der Bernsteinischen „Staatskunst“ gehört, versteht sich von selbst. Er sekundiert seinem Mitstreiter folgendermaßen:

Die Liberalen sind wirklich so unpolitisch wie nur möglich; ihre Praxis zeichnet sich weder durch Klugheit noch durch Noblesse aus. Alle Vorwürfe und Anklagen, die wir auf ihr Haupt häufen, sind mehr als berechtigt — am wenigsten vielleicht noch die wegen der Teilnahme am Block, die ihnen doch ein Zippelchen der Macht oder wenigstens deren Illusion gibt und ihnen daher nicht so zu verübeln ist — wir wissen, daß der deutsche Liberalismus überall ein sehr wenig charakterfester und sehr wenig intelligenter Bundesgenosse war, und um feinertwillen verdient er wirklich nicht die geringste Unterstützung. Aber als politische Partei hat die Sozialdemokratie nicht die Aufgabe des Schulmeisters, der nach der Zensur im Vertrauen lobt oder straft, sondern sie hat ihr eigenes Interesse wahrzunehmen und sich der Hilfsmittel zu bedienen, die sich bieten. Eine von langer Hand vorbereitete Kooperation aller Wahlreformfreunde hätte die einzige Möglichkeit des Erfolges geboten.

Die Freisinnigen sind also zwar nach Josef Bloch die denkbar unzuverlässigsten Gesellen, die einem Zippelchen von Macht, ja dem Schatten dieses Zippelchens, einer Illusion zuliebe, alle freisinnigen Prinzipien preisgeben und sich dafür der Reaktion in die Arme werfen —; allein trotzdem empfiehlt dieser Strategie des Revisionismus eine „von langer Hand vorbereitete Kooperation“ mit diesem Freisinn, um sich seiner als „Hilfsmittel“ zu bedienen.

Nun, auch wir sind ja gerade keine Bewunderer der politischen Klugheit des Freisinns. Aber daß sich selbst der Dummste von ihnen von einem Bloch oder Bernstein als Werkzeug zu einem von ihm selbst nicht gewollten Zweck gebrauchen ließe, das trauen wir ihm doch nicht zu!

Aber des ganzen revisionistischen Sammers A und O wäre doch so leicht aus einem Grunde zu kurieren! Die Sozialdemokratie brauchte sich nur die „Aufgabe des Schulmeisters“ den bürgerlichen Parteien gegenüber abzugewöhnen, auf die Kritik vom Standpunkt des Klassenkampfes aus zu verzichten, sie brauchte bloß ihren prinzipiellen Charakter preiszugeben, um sich mit dem bürgerlichen Liberalismus, der dann ja bequem die Fahne der Demokratie heraushängen könnte, im Spülicht der charakterlosesten Opportunitätspolitik zusammenzufinden! Das Proletariat würde dabei zwar noch weniger ein Zippelchen politischer Macht erwischen, als der Freisinn, der doch bei aller Preisabgabe der Volksrechte und Volksinteressen wenigstens die Interessen der Börse wahrte; aber die braven Revisionisten würden dann nicht mehr als verkannte Größen das Seitenbänkchen der Nörgler zieren,

Herbststurm.

Roman von Max Kreyer.

(5. Fortsetzung.)

(Nachdruck verboten.)

Etwas wie Jubeln sprach aus ihr, daß sie den Jüngeren sofort nach der Photographie erkannt hatte, fast wie bei einem großen Kinde, das ein neues Geschenk bekommen hat. Rasch wollte sie die Bekanntschaft mit dem andern vermitteln, aber Alten der Ältere und Leutnant von Reg neigten schon den Kopf und stellten sich selbst vor, kurz und förmlich, um rasch darüber hinwegzukommen.

Rita glaubte, daß man den Jüngeren übersehen habe, und so wollte sie das Verkaupte nachholen.

Reg jedoch winkte gewissermaßen ab und sagte gemühtlich, indem er sein Glas fallen ließ: „Ist nicht nötig, meine Gnädige. Kennen uns schon.“ Und während über sein frisches Durchschnittsgesicht ein Röscheln strich, wandte er sich sofort, etwas schnarrend, zu Walter: „Sie also auch hier, Alten? Wie gehts denn sonst?“

Rita begriff sofort den Zusammenhang und sagte lachend: „Das ist ja ein sonderbares Zusammentreffen. Öffentlich vertragen sich die Herren hier gut.“

„Aber todsicher, gnädiges Fräulein. In Ihrer Nähe immer.“ Schnarrte Reg mit derselben Gemühtlichkeit, während Walter, erfreut durch diese Lebenswürdigkeit, nur einen verbindlichen Kopfnicker nach zwei Seiten machte. Denn er sah nur immer dieses Fabelwesen an, das seinem Bruder so völlig den Kopf verdreht hatte.

Ein merkwürdiges Geschöpf, diese Rita Keith, ein Mittelstück zwischen Mädchen und Frau, klug, reif und hold. Trotz aller Reife feuch veranlagt, und doch schon alles wissend, ohne es zu verraten. Er sah es an ihrem lachenden Gesicht und hörte es aus ihren Worten, empfand es mit dem Scharfsinn der Jugend, die die Erfahrung durch feines Wittern erlegt. Alle Achtung vor ihren zweiundzwanzig Jahren! Die jungen Damen, die er kannte, schnarrten wie die Gänse immer dasselbe, falls sie nicht blöde und verlegen taten; diese hier aber konnte über alles reden und blickte furchtlos jeden an.

Sie war nicht so schön wie auf dem Bilde, lange nicht so glatt, nicht so zurechtgemacht zum Verlieben; auch sah sie älter aus, dafür aber erschien sie gemühter, sobald Be-

wegung über ihre Züge ging und der Wimpernschleier sich langsam von den grauen Augen hob. Der etwas zu große Mund störte nicht; er klebete sie sogar, wenn die breiten Zähne sich zwischen den saftigen Lippen zeigten, denn er gehörte zu der rässigen Nase mit den klühen ausgelegten Flügeln.

„Ich hoffe, wir werden gute Freunde werden,“ sagte sie bei der nächsten Gelegenheit vertraulich und ließ ihr Blickfeuer auf ihn los, so daß er fühlte, wie er rot wurde, ohne daß er wußte, warum. „Werner schwärmt heillos von Ihnen, na, und ich muß sagen, Sie gefallen mir eigentlich ganz gut. Aber bilden Sie sich nicht gleich etwas darauf ein. Ich mache mir nämlich nichts aus jungen Männern, mein Schwarm waren immer die gereiften, die etwas toll, wissen Sie, die das Leben kennen. Ein Mann muß Bewunderung in mir erwecken, das ist so mein Genre. Die meisten jungen Mädchen beten nur nach, was ihnen vorge-murmelt wird, ich denke ganz selbständig. Dazu bin ich schon durch meine Familienverhältnisse gekommen. Ich weiß nicht, ob Ihr Bruder Ihnen das erzählt hat.“

Und nach einem Verneinen des Zuhörers: „Das muß ich Ihnen aber sagen: Ihr Aufstieg in so jungen Jahren imponiert mir riesig. Sie müssen eine sehr zähe Natur sein. Werner ist viel zerfloßener, viel widerstandsloser, nur impulsiv, sobald die Leidenschaft ihn ergreift. O, ich habe ihn schon sehr genau studiert. Und, wollen Sie wetten; heut' nach der Tafel bin ich mit auch schon über Sie völlig klar.“

Er musterte sie, sah ihre weißen Schuhe, das leichte Gespinn des düftigen Seidenmuffelkleides, in dem ihr heißes Leben mochte, und ließ die suchenden Augen über ihr glattes Haar gleiten, das wie weiche Seide über die Schläfen hing. Und als er dieses ewige Lächeln spielen sah, erfaßte ihn der Ärger, sich wie ein Unmündiger abgeschätzt zu sehen, von einer, die doch noch jünger war als er. Und so plakte es ihn heraus: „Vielleicht würde das auf Gegenseitigkeit beruhen.“

Sie trillerte ein Lachen hervor: „Mich ergründen Sie niemals, ich bin überhaupt nicht zu ergründen. Nie! Und wissen sie auch weshalb nicht? Weil ich gar kein Rätsel bin. Sehr einfach! Ich bin nur Natur, ein Stück zu rasch vorgeschrittenen Frühlings, vielleicht auch schon ein Stück Sommer, der gute Ernte bringt. Und nun warte ich auf den Herbst, der die Früchte meines Geistes klärt.“

Damit waren sie fertig und gingen auseinander, wie zwei Menschen, die genau wissen, daß sie sich doch wieder finden werden.

Walter nahm den Bruder beiseite: „Du, hör mal“, tuschelte er ihm zu, „so verlegen war ich noch nie, das ist ja eine ganz besondere Art von Mädchen. Klug wie zehn Weiber und hübsch wie alle neun Wäsen zusammen. Womit soll ich sie eigentlich bei Tisch unterhalten?“

„Sprich, wie dir der Schnabel gewachsen ist, mein Junge,“ erwiderte Werner: „Sie liebt die Offenheit.“

Das hätte ihm der Ältere eigentlich nicht erst zu sagen brauchen. Walter Alten sah ein, daß es nicht so leicht war, sich hier zurecht zu finden, wie bei der würdigen Frau Clemenz, wo man derartige junge Mädchen einfach nicht begriffen hätte.

IV.
Schließlich wunderte er sich aber selbst, wie er bei Tisch munter wurde. Zuerst machte ihn zwar diese Aufmachung etwas beklommen, denn zirka sechzig Menschen saßen so eng an den drei Tafeln zusammen, daß sich ihre Ellbogen fast berührten, und allmählich erst fand er sich mit dem Zufall ab, der Leutnant von Reg ihm fast gegenüber hingelagert hatte. Dann jedoch, als er merkte, daß dieser ihn mit seinen Blicken durchaus nicht aufspießte, sondern wie bisher vornehm seinen Frack respektierte, ließ er sich gehen wie alle andern. Das übrige tat die Mosel-Musik, die ihn in gehobene Stimmung versetzte. Denn das hatte er vom Alten: daß er schon beim ersten Tropfen redelustig wurde und sich zu Reckheiten verließ, die zuvor niemand an ihm geahnt hätte.

„Du, sei mäßig“, hatte ihm Werner gesteckt, der bei anderer Gelegenheit verschiedene Male erlebt hatte, daß gewisse schlummernde Eigenschaften in dem Jüngeren unangenehm geweckt wurden, über die er sich später selbst die größten Vorwürfe machte. Der Mangel an Erziehung meldete sich dann, seine Halb-bildung offenbarte sich, und er ließ die Worte fallen, wie sie kamen.

Sie trinken ja so wenig,“ reizte ihn Rita und erhob ihr Glas.

„Ich kenne mich eben“, erwiderte er launig. „Man soll die Gespensker nicht beschwören.“ (Fortsetzung folgt.)

sondern den Ruhm Ihrer „Staatskunst“ von der „Morgenpost“ bis zur „Lanze“ verkündet sehen!

Sammersehade nur, daß einstweilen die Partei von der Strategie des revisionistischen Generalstabs so gar nichts wissen will. Da bleibt diesen Strategen eben nichts anderes übrig, als den Wahlsieg in ihrer Weise durch ohnmächtige Nörgelei zu feiern. Gendörgelt wird nicht nur an der Taktik der Partei, sondern auch an ihren einzelnen Anstalten und Organen. So nennt z. B. Josef Bloch die Gesamtvertretung Groß-Berlins, die die Landtagskandidaten für Berlin aufstellte, höhnisch einen „Wohlfahrtsausschuß der Partei“. Wie schade in der Tat, daß Berlin seine Kandidaten nicht von dem Klüngel der „sozialistischen Monatshefte“ kühren läßt, der ebenso unfehlbar wie die der Partei dienliche Taktik auch über die Qualitäten der einzelnen Personen abzuurteilen versteht!

Aber die Klagen über die „sozialistischen Monatshefte“ haben ihre tiefe innere Begründung: Für den Revisionismus war der im Geiste des Klassenkampfes geführte Wahlkampf, waren die Wahlerfolge wieder einmal eine verlorene Schlacht!

Literarisches.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Paul Singer) ist soeben das 39. Heft des 26. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Zur Kritik des Liberalismus. — Die Wälder des Sprachenparagrafen. Von Otto Que. — Der Volksschulkampf in Württemberg. Von Erich Hofmann (Stuttgart). — Die Lage der Handelsreisenden. Von Wilhelm Kimmich. — Zur Zukunft der sozialistischen Jugendbewegung in Deutschland. Von Hermann Kemmele. — Literarische Rundschau: Etienne Lamy, La femme de demain. Von Theresie Schlegel. — Notizen: Zentralorganisation der Gewerkschaften Finnlands. Von M. M. — Zeitschriftenchau.

Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolporteurs zum Preise von 3,25 Mk. pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pfennig.

Probenummern stehen jederzeit zur Verfügung.
Von der „Gleichheit“, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen (Stuttgart, Verlag von Paul Singer), ist uns soeben Nr. 13 des 18. Jahrgangs zugegangen. Aus dem Inhalt dieser Nummer heben wir hervor: Zum sechsten Kongress der Gewerkschaften Deutschlands. Von Anise Fick. — Ein Schritt vorwärts. — Schulpeisung. VI. Von Luise

Rautsky. — Eine Organisation für die weibliche Jugend. Von Emig Stock. — Parias in der Textilindustrie. Von G. Jäckel. — Die dänischen Frauen wählen. Von Andrea Brochmann. — Die gewerkschaftliche Organisation der Arbeiterinnen in der Textilindustrie. Von Martha Hoppe. (Schluß.) — Zur Dienstbotenfrage. Von Uhl. — Aus der Bewegung. Von der Agitation. — Von den Organisationen. — Dorothee Scharschuh-Gracau f. — Politische Rundschau. Von H. B. — Gewerkschaftliche Rundschau. — Der vierte Verbandstag der Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen in Buch- und Stein-druckereien. — Notizenteil: Dienstbotenfrage. — Frauenstimmrecht. — Landarbeiterfrage. — Sozialistische Frauenbewegung im Ausland. — Dichtung. — Feuilleton: Der Auszug. Von Emilie Verhaeren. Deutsch von Ludwig Scharf. (Gebicht.) — Der bunte Vogel. Von Otto Erich Hartleben. Für unsere Mütter und Hausfrauen: Der Abend. Von Eichenborff. (Gebicht.) — Waldschulen. Von Otto Kühle. — Geduld. Von Herm. v. Gilm. (Gebicht.) — Etwas vom Leben. Von Hannah Dorsch. II. (Fortsetzung.) — Die Mutter als Erziehlerin. Die „Gleichheit“ erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pf., durch die Post bezogen beträgt der Abonnementspreis vierteljährlich ohne Bestellgeld 55 Pf.; unter Kreuzband 85 Pf. Jahresabonnement 2,60 Mk.

Verantwortlicher Redakteur: Paul Löwig.
Verleger: L. H. Schmarh. Druck: Friedr. Meyer u. Co. Sämtlich in Lübeck.

Restaurant Polierkrug

Schwartauer Allee.
Geschützte Lauben, geschl. Veranda sowie Doppel-Kegelbahn (Hochbahn) Angenehmer Familien-Aufenthalt.
Zur Einkehr ladet freundl. ein
F. Strohkar.

Die Mitglieder und Freunde des Vereins für Ferienkolonien ladet der unterzeichnete Vorstand ein, an der am Sonntag, den 28. Juni, 5 Uhr nachmittags stattfindenden

Einweihung
und Besichtigung des hergerichteten und neu hergerichteten Hauses der Ferienkolonien auf dem Privatgut bei Travemünde teilzunehmen.

Ein Sonderzug zum ermäßigten Preise von 75 Pf. für die Person hin und zurück wird 2 Uhr 35 Min. nach Travemünde abgehen. Zum gleichen Preise kann auch der 1 Uhr 10 Min. abfahrende Sonntagzug benutzt werden. Rückfahrt mit allen Zügen am gleichen Tage.

Der Vorstand des Vereins für Ferienkolonien.
Dr. Th. Eichenburg.

Turnverein Steckelsdorf und Umgeg.

Der Abmarsch zum Bezirksturnfest nach Schwartau findet am Sonntag, den 28. ds., morgens 7 Uhr, vom Vereinslokal des Herrn Dose, Fackenburg, statt.

Um recht zahlreiche Beteiligung ersucht
Der Turnwart.

Gesellschaftshaus Adlershorst.

Morgen Sonntag:
Tanzkränzchen.

Neu! Neu!
Parkettfußboden! Parkettfußboden!

Louisenlust.

Jeden Sonntag: **Gr. Tanz-Musik.**
Anfang 4 Uhr. Eintritt frei.
Musik: Harmonikaklub Harmonia. W. Glöe.

Friedrich-Franz-Halle

Heute Sonntag:
GROSSE TANZ-MUSIK.

Einsegl.

Jeden Sonntag:
Tanzkränzchen.
Freier Eintritt. — Freier Tanz.

Kaffeehaus Moising.

Samstag:
Gr. Radringfahren

wozu freundlichst einladen
die jungen Fahrer.

F. L. Paetau's Gesellschaftshaus Fackenburg.

Sonntag, den 28. Juni:

Gr. Tanzmusik

WAISEN-HOF.

Heute Sonntag:
Tanzkränzchen. Eintritt frei.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Lübeck.

Einladung zum

Sommerfest

bestehend in

Herren-, Damen- und Kinderbelustigungen und nachfolgendem Ball
am Sonntag, den 28. Juni 1908

im „Vereinshaus“, Johannisstrasse 50-52.

Anfang 4 Uhr. Eintritt für Herren 60 Pfg., eine Dame frei. Anfang 4 Uhr.
Einzeln Damen 30 Pfg., wofür Garderobe.

Das Preisschießen für Herren findet statt von 11-1 Uhr mittags und 4-7 Uhr abds.

Arbeiter-Turner-Bund.

3. Kreis. 6. Bezirk.

1. Bezirks-Turnfest

in Schwartau

am Sonntag, den 28. Juni 1908.

Nachmittags 3 Uhr: Festzug vom „Hotel zum Kronprinzen“ nach dem Riesebusch. Dortselbst Festrede, Turnen und Turnspiele.

Abends 8 Uhr: Ball im „Hotel zum Kronprinzen“.

Eintritt 50 Pfg. Einzelne Dame 20 Pfg., wofür Garderobe.

Das Komitee.

Einladung zum

Sommerfest

der organisierten

Schlachter und Bäcker

(Zahlstelle Lübeck)

bestehend in Konzert und Ball, Damen- und Herren-Vergnügen

am Sonntag, den 28. Juni 1908

in sämtlichen Räumen der „Hansa-Halle“

Anfang des Konzerts 4 Uhr nachmittags. Ball-Anfang 7 Uhr.
Eintritt 50 Pfg. Ende 12 Uhr. Konzert 20 Pfg.

NB. Die Kollegen der Nahrungsmittelbranche sind hierzu besonders eingeladen.
Das Komitee.

I. O. G. T.

SOMMER-FEST

der vereinigten Lübecker Guttempler-Logen

bestehend in Konzert, Gesangsvorträgen, Preisschießen, Damen- u. Kindervergnügen
mit nachfolgendem BALL

am Sonntag, den 5. Juli 1908, im Kolosseum.

Anfang des Konzerts nachm. 5 Uhr. Ball-Anfang 8 Uhr. Saalöffnung 5 1/2 Uhr.
Herrenkarten 60 Pfg., eine Dame frei. Damenkarte 30 Pfg.
Karten sind zu haben im Logenhaus, Fischstraße 36, im Kolosseum, sowie bei den Mitgliedern des Logenanschlusses.
Der Fest-Ausschuß.

Heute Sonntag:

Neu-Lauerhof. Großes Tanzkränzchen.

Anfang 5 Uhr. Eintritt frei.

Flora

2 Minuten vom neuen Bahnhof.

Jeden Sonntag:

Tanzkränzchen.

Anfang 4 Uhr. Ende 2 Uhr.

Eintritt frei.

Central-Hallen.

Sonntag:

Tanzkränzchen.

Tanz im Abonnement 50 Pfg.

Eintritt à Person 10 Pf.

Anfang 5 Uhr. Ende 1 Uhr.

W. Borgwardt.

Wakenitz-BelleVue

Heute Sonntag, den 28. Juni 1908:

Freies Tanzkränzchen

H. Fürbötter.

Sonntag, den 28. Juni 1908:

Ringreiten in Genin

beim Gastwirt Müller.

Halte daselbst meine geräuchernten Male und Stickschen bestens empfohlen.

Otto Puls, Lübeck.

Gr. Pariner Radfahrer-Verein „Frisch auf“.

Einladung zum

Sommer-Vergnügen

mit nachfolgendem Ball

am Sonntag, den 28. Juni

im Lokale des Herrn Dettmann.

Korsofahrt 3 Uhr.

Anf. 7 Uhr. Eintritt 1 Mk., eine Dame frei.

Einzeln Dame 20 Pfg.

Hierzu ladet freundlichst ein

Der Vorstand.

Hansa-Theater

Sonntag, 28. Juni, abends 8 Uhr:

Auf allgemeines Verlangen!

Nochmaliges Gastspiel der Hamburger.

Ein Hamburger Kind

oder Verlorenes Glück.

Volkstüml. Preise: Loge und Fauteuil

1 Mk., alle anderen Plätze 50 Pfg.

Kasseneröffnung 7 Uhr. Anfang 8 Uhr.

Vorverkauf bei Sager, Kohlmarkt.

Stadthallentheater.

Sonntag: 35. Abonnements-Vorstellung.

Große Doppel-Vorstellung.

Anfang 6 1/2 Uhr.

Manöverregen.

Lustspiel in 3 Akten.

Gretchen.

Montag: 36. Abonnements-Vorstellung.

Zum letzten male:
Lokomotivführer Clausen.
Anfang 8 Uhr.